

Der Zimmerer.

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (C. H. Nr. 2 in Hamburg).

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Postgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger: A. Brinmann, Hamburg.
Redaktion, Verlag u. Expedition: Hamburg 1, Besenbinderhof 57/66, III.

Anzeigen:
Für die dreispaltige Zeitspalte oder deren Raum 80 A.
für Versammlungsanzeigen 10 A pro Zeile.

Neujahr

Von Ernst Preczang.



Ein Jahr schon wieder. Dröhnend hallt vom Turm
Sein lehrer Glockenschlag . . . O Zeit, du siehst
Wie eine Wolke, die gejagt vom Sturm.
Was ist die Stunde? Nur ein Atemzug,
Ein Flügel Schlag in deinem Vogelszug.
Was ist der Tag? Ein Lichtstrahl, der uns grüßt.

Und winkelst du uns an sechs Tagen zu —
Vielleicht, beim Schaffen, sahen wir es nicht,
Und richteten uns am Abend erst auf
Und heben flüchtig in der Feiernuh'
In dir und jener dunklen Wolke lauf
Das forschende, das schauende Gesicht.

Was ist uns Zeit? Du nahlst uns und enteilst.
Der Mond steigt auf und senkt sich wieder dann,
Und flüß're Schallen gleiten drüberhin . . .
Und Schatten gleiten dunkel durch den Sinn,
Und eine leise Frage flüstert: Wann
Kommt wohl der Tag, da du bei uns verweilst?

Denn diese Zeit ist ja die unsere nicht,
Und also ist's, als wäre sie nicht da
Und kreiste flüchtig nur unser Haar
Wie Windeshauch, den nie ein Auge sah . . .
Es kommt die Nacht, und wieder kommt das Licht
Des neuen Morgens. Und so wird ein Jahr.

Wir schau'n verwundert. Unser Leben geht
Im Strome hin, und wir, wir wissen's kaum,
Und fühlen nur beim letzten Glockenklang
Den heißen Atem und den Sturmesang
Der schnellen Zeit, die soust uns wie ein Traum
Und nun im Harnisch mahnend vor uns steht.

Dann blickt sie uns mit großen Augen an:
„Seht, daß ich bin! Noch gab ich euch nicht viel
Von meinem Selbst. Doch liegt's in eurer Hand!
Ich bin Erlöserin und bin das Ziel.
Der hat gewonnen erst, der mich gewann!“ . . .
Und rasend geht das junge Jahr durchs Land.

Die Baugewerbe in der Schweiz.

Nun ist endlich mit dem soeben erschienenen achten Hefte der erste Band der Ergebnisse der eidgenössischen Betriebszählung vom 9. August 1905 zu Ende veröffentlicht, der über die Betriebe und die Zahl der darin beschäftigten Personen Auskunft gibt. Wir ersehen aus dieser wichtigen Veröffentlichung, daß die Betriebsgruppe „Herstellung von Baustoffen und Bauten“ 40 398 Betriebe umfaßt, mit 191 778 männlichen und 5639 weiblichen, insgesamt mit 197 415 beschäftigten Personen, somit mit mehr als einem Viertel der in der Landwirtschaft, Viehzucht und Gartenbau Tätigen und gleich nach dieser Gruppe rangierend, da keine andere Betriebsgruppe so viele Personen beschäftigt wie diese. Am nächsten kommt nach der Herstellung von Baustoffen und Bauten die Textilindustrie mit 181 018 beschäftigten Personen. Auf je 10 000 Betriebe überhaupt entfallen auf die Herstellung von Baustoffen und Bauten 707 und auf je 10 000 tätige Personen 1066, und zwar 1036 Männer und 30 Frauen. In bezug auf die Zahl der Betriebe steht in der Schweiz die Herstellung von Baustoffen und Bauten an vierter Stelle; sie wird übertroffen von den Gruppen Landwirtschaft, Viehzucht, Gartenbau, Herstellung von Kleidung und Fuß-, Herstellung von Gespinnsten und Geweben. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl ist zu bemerken, daß auf je 10 000 Einwohner 1166 auf unsere Betriebsgruppe entfallen, beziehentlich, daß auf einen Arbeiter dieser Betriebsgruppe 18 Einwohner der Schweiz entfallen.

Wir beschränken uns in der nachfolgenden Darstellung, nachdem wir die allgemeinen Zahlen für das Baugewerbe gegeben haben, ausschließlich auf das Zimmergewerbe; doch müssen wir, um die Bedeutung der vorstehenden Zahlen klar zu stellen, zeigen, welche Berufe die amtliche schweizerische Statistik in der Betriebsgruppe Herstellung von Baustoffen und Bauten, Einrichtung von Wohnungen erfaßt. Es ist dies schon deswegen interessant, weil die nun zur Diskussion stehenden Ergebnisse der deutschen Berufs- und Betriebszählung vom 12. Juni 1907 eine wesentlich andere Einteilung haben, wodurch die so wünschenswerte internationale Vergleichung der Berufs-

zählungsergebnisse unmöglich gemacht wird. Eine ganze Reihe von Berufen, die in die erwähnte schweizerische Berufsgruppe gehören, finden wir in Deutschland in den Gruppen der Steine und Erden, der Holz- und Schnitzstoffe, der Metallindustrie, der Lederindustrie usw.

Es wird aber vielleicht einiges Interesse beanspruchen, wenn wir hier anführen, was in der Betriebsgruppe Herstellung von Baustoffen und Bauten, Einrichtung von Wohnungen vereinigt wird; denn es ist ja sicherlich ganz interessant, den Zusammenhang der Gewerbe auch unter einem anderen Gesichtspunkte als dem der deutschen Berufsstatistik kennen zu lernen. Geht die deutsche Berufsstatistik, wenn auch nicht unbedingt folgerichtig, von dem verarbeiteten Rohmaterial aus, so ist, natürlich wiederum nicht vollständig konsequent; die Zweckbestimmung für die schweizerische Statistik das ausschlaggebende. Wir finden in der schweizerischen Statistik in der schon mehrfach erwähnten Betriebsgruppe vereinigt die nachstehenden Betriebsarten:

Erstellung von Eisenbahnanlagen, Erstellung von Straßen und Brücken, Verbauarbeiten, Baggerarbeiten, Drainage, Ausführung von Tiefbauarbeiten, Brunnen, Wasserleitungen, Gasleitungen, Ausführung von Hochbauarbeiten, Architektur, Bauunternehmungen, Herstellung von Asphaltarbeiten, Straßenpflasterung, Straßenbelag, Ziegel- und Backsteinbrennerei, Herstellung von Tonröhren, Herstellung von Zementarbeiten, Zementröhren, Kunststeinen, Holzementfabrik, Bearbeitung des Schiefers, Griffelmacher, Steinhauerei, Maurerei, Gipserei, Stukkaturarbeit, Gipsfiguren, Schiffs-, Gipsbreiterfabrikation, Flach-, Bau-, Dekorationsmalerei, Dachdeckerei, Schindel-, Schindelmacherei, für sich bestehend, Kaminfegeerei, für sich bestehend, Dachdeckerei und Kaminfegeerei vereinigt, Sägerei, Holzspalterei, Holzimprägnierung, Holzwolffabrikat, Zimmererei, auch Bau von Schiffen und Booten ohne Motoren, Sodpumpenmacherei, Parketterie, Chaletfabrikation, Holzmasse, Intarsten, Kunstholzfabrikation, Schreinererei, Bau-schreinererei, für sich bestehend, Möbelschreinererei, auch Billardsfabrikation, für sich bestehend, Modellschreinererei, für sich bestehend, Bau-, Möbel- und andere Schreinererei, auch verbunden mit Glasererei, Stuckfabrikation, Holzwaren aller Art, Glaserei, für sich be-

stehend, Drechslerei, Käferei und Käßlerei, Herstellung von Korkwaren, Korksteinen usw., Bau- und Kunstschlosserei, Herstellung eiserner Möbel, auch Dosen, Kassenfabrikation, Gas-, Wasser- und Heizrichtungen, Ventilationsanlagen, Bade- und Aborteinrichtungen, Auerlicht- und Calciumcarbidinstallationen, Spenglerei, auch Bau-spenglerei, Tonwarenfabrikation, Ofentacheln, Ofenfegeerei, Malerei von Geschirr, Glasurmalerei, Geschirrs-, Glas- und Porzellankitterei, Vergolderei und Rahmenmacherei, Tapeziererei, Mattagen- und Bettmacherei, Bettfedernreinigung, Sattlerei, Verfertigung von Reisegegenständen und Militärrequisiten, Korbmacherei, Sesselgeflechte, Rechenmacher, Bürstenbinderei, Pinsel-fabrikation, Wefenwaren, Parkettbodenreinigungsgeschäfte, Teppichlopferei, Fensterreinigung.

Wenn wir die Urproduktion ausschelden und nach den Betriebsarten fragen, so ist nach der Zahl der gezählten Betriebe unter den Baugewerben die Zimmererei am stärksten vertreten, sie steht an 27. Stelle aller Betriebsarten, an 26. folgt erst der Bau von Eisenbahnanlagen, Straßen, Brücken, Hoch- und Tiefbauarbeiten, an 26. die Dachdeckerei, die merkwürdigerweise mit der Kaminfegeerei vereinigt ist, an 40. die Flach-, Bau- und Dekorationsmalerei. Wieder nach Ausschluß der Urproduktion gruppiert die Statistik auch die Betriebsarten nach der Anzahl der in ihnen beschäftigten Personen. Da finden wir an 17. Stelle die Zimmererei, zu der freilich auch der Bau von kleinen Schiffen und Booten gerechnet wird; an 19. Stelle finden wir die Maurerei, an 28. die Ziegel- und Backsteinbrennerei, an 29. Stelle die Gewinnung von Gesteinsarten, direkt als Baumaterialien verwendbar, an 37. Stelle die Flach-, Bau- und Dekorationsmalerei, an 41. Stelle die Gipserei, an 53. Stelle die Herstellung von Baumaterialien, welche einer Präparation bedürfen, an 56. die Dachdeckerei, an 58. die Herstellung von Zementwaren und Zementarbeiten, an 87. die Steinhauerei, an 97. die Bildhauerei in Stein, an 147. die Herstellung von Asphaltarbeiten und Straßenpflasterung usw. In der Betriebsabteilung: Herstellung von Baustoffen und Bauten, entfielen auf 10 000 Schweizer Betriebe insgesamt 310 Kleinbetriebe und 493 Gehülfenbetriebe. In der Zimmererei entfielen auf 100 Betriebe 43 Klein-

betriebe, auf je 10 000 Betriebe der Schweiz überhaupt entfielen 48 Zimmerbetriebe als Gehälfenbetriebe und auf 1000 Betriebe der Zimmererei entfielen 570 Gehälfenbetriebe. Insgesamt gab es in der Zimmererei 4226 Betriebe, und zwar 2408 Gehälfenbetriebe.

Für die gesamte Schweiz wird für die Zimmererei, zu der freilich auch der Bau von Schiffen und Booten ohne Motoren gerechnet wird, die Zahl der Betriebe mit 3591 angegeben, in denen 9130 Personen, darunter 191 weibliche, beschäftigt wurden. Außer diesen Betrieben wurden aber noch 635 gezählt, bei denen die Zimmererei Hauptbetriebsart war, bei der aber noch mehrere Betriebsarten mit der Zimmererei vereinigt wurden. Von diesen 635 Betrieben waren 133 Einzelbetriebe, 502 Gehälfenbetriebe. In diesen 635 Betrieben waren 4186 Personen, darunter 79 weibliche, beschäftigt, so daß sich für die Zimmererei eine Gesamtzahl von 4226 Betrieben und 13316 beschäftigten Personen ergab.

Für den Kanton Zürich werden 376 Zimmerbetriebe mit 1255 beschäftigten Personen, für den Kanton Bern 881 Betriebe mit 2460 beschäftigten Personen, für den Kanton Luzern 230 Betriebe mit 664 beschäftigten Personen nachgewiesen. Im Kanton Freiburg finden wir 233 Betriebe mit 876 beschäftigten Personen, im Kanton Solothurn 159 Betriebe mit 422 Zimmerern und verwandten Berufsangehörigen, im Kanton Basel-Stadt 25 Betriebe mit 599 beschäftigten Personen, im Kanton Basel-Land 85 Betriebe mit 236 beschäftigten Personen, im Kanton St. Gallen wurden 345 Zimmerbetriebe mit 1233 beschäftigten Personen gezählt. Im Aargau sind 345 mit 671 tätigen Arbeitern, im Thurgau 236 Betriebe mit 671 beschäftigten Arbeitern, in dem italienischen Kanton Tessin trotz seiner großen Vortätigkeit merkwürdigerweise bloß 7 Betriebe mit 14 beschäftigten Personen nachgewiesen. Wir unterlassen es, die Kantone mit einer so geringen Anzahl von Zimmerern anzuführen; bloß für den Kanton Tessin wollten wir eine Ausnahme machen, weil sie auf die interessante Betrachtung hinführt, daß wir neben dem großen Zug von Maurern und Hilfsarbeitern aus Italien und auch aus dem Schweizer Kanton Tessin gar keinen derartigen Zug von Zimmerern zu beobachten haben. Dies rührt davon her, daß die Arbeit der Zimmerer in den italienischen Gebieten in der Regel von den Maurern ausgeführt wird, so daß eigentliche Zimmerer fast gar nicht, jedenfalls nicht in großer Zahl vorkommen.

In der französischen Schweiz finden wir dagegen wieder eine große Anzahl von Zimmerern, so im Kanton Waadt 428 Betriebe mit 1610 Arbeitern, im Kanton Neuenburg 114 Betriebe mit 500 Arbeitern, und im Kanton Genf 101 Betriebe mit 790 Arbeitern.

Für die einzelnen großen Städte sind die Zimmerer dort angegeben, wo sie zu den 30 am meisten Personen beschäftigenden Betriebsarten zu rechnen sind. Wir finden sie da nicht im Kanton Zürich, aber dafür in der Stadt Basel mit 23 Betrieben und 593 beschäftigten Personen, des weiteren in der Stadt Genf mit 51 Betrieben und 585 beschäftigten Personen, des ferneren in der Stadt Lausanne mit 13 Betrieben und 237 beschäftigten Personen, in der Stadt St. Gallen mit 19 Betrieben und 230 beschäftigten Personen, in der Stadt Luzern mit 11 Betrieben und 141 beschäftigten Personen, in der Stadt Winterthur, wo aber wohl der Schiffsbau den Ausschlag gibt, mit nur 3 Betrieben, aber 158 beschäftigten Personen. In der Stadt Neuenburg werden 7 Betriebe mit 137 Zimmerern, in der Stadt Freiburg 7 Betriebe mit 129 beschäftigten Personen, in Schaffhausen 6 Betriebe mit 88 darin tätigen Personen nachgewiesen, in der Gemeinde Herisau 16 Betriebe mit 53 tätigen Arbeitern, in Vevey 9 Betriebe mit 130 tätigen Personen, in Le Locle 10 Betriebe mit 27 tätigen Arbeitern, in Chur nur 3 Betriebe, aber mit 57 beschäftigten Arbeitern, endlich in Solothurn 7 Betriebe mit 70 beschäftigten Arbeitern.

So sehen wir die Zimmererei in der deutschen und französischen Schweiz als ein stark verbreitetes Gewerbe mit einer ganz erheblichen Anzahl von beschäftigten Arbeitern, wenn man den kleinen Umfang der Schweiz berücksichtigt. Leider sind die Verhältnisse der Organisation noch lange nicht so, daß man mit ihnen zufrieden sein kann.

Deutschland in Konkurs.

Th. Berlin, Weihnachten 1908.

Eine nette Bescherung ist's, die das deutsche Volk sich gefallen lassen muß. Ueber das Deutsche Reich ist in aller Form der Konkurs hereingebrochen. Nicht im juristischen Sinne natürlich, sondern politisch und moralisch. Das graue Elend grünt zu allen Ecken und Knopfschirmen herein. Und das schlimmste ist, daß die Mehrheit derer von Bildung und Besitz, die sich anmaßen, die deutsche Arbeiterklasse gängeln zu müssen, so völlig einfaßlos ist, daß sie die einfache Situation nicht einmal erkennt. Diejenigen aber in ihren Reihen, die klug genug sind, die Sachlage zu überschauen, sind so in innerer Verlogenheit ver-

kommen, daß sie der Wahrheit nicht die Ehre geben mögen. Wie der Trunkene in der Regel Stein und Wein zu schwören bereit ist, daß er seine fünf Sinne noch beisammen habe, und wie es Menschen gibt, die ihre eigenen Lügen glauben, so wollen auch die leitenden Kreise in Deutschland nicht Wort haben, daß das Deutsche Reich in politischen und moralischen Vermögensverfall geraten ist. Das Strafgesetz droht den mit empfindlicher Strafe, der als Geschäftsmann nicht seine Jahresbilanzen gezogen und seinen Konkurs angemeldet hat, sobald sich ergab, daß die Schuldenmasse höher ist als das Vermögen. Würde eine ähnliche Bestimmung für die Staatsleiter bestehen, so dürfte sich die deutsche Reichsregierung auf etliche Jahre Gefängnis oder Zuchthaus gefaßt machen; denn sie hat nicht nur verabsäumt, die Schuldbilanzen rechtzeitig zu ziehen, sondern sie hat auch, um im Wilde zu bleiben, die Bilanzen gefälscht; sie hat ihren Gläubigern vorgegaukelt, die Aktiven seien höher als die Passiven; sie hat die Vermögenswerte mit viel zu hohen Werten in Rechnung gestellt; sie hat große Schuldenposten verschwiegen, und sie hat wie ein Verschwender darauflos gemiraculiert, als sie schon wissen mußte, daß sie bankrott ist. Gäbe es, wie gesagt, für Regierungen einen Gerichtshof, der den politischen und moralischen Staatsbankrott festzustellen und den Schuldigen als Bankrotteure zu bestrafen hätte, dann müßte die Reichsregierung auf der Hut sein, daß sie nicht schon die Weihnachtsstange in der wohlverdienten Untersuchungshaft verbringt.

Aber zum Glück für die Herren gibt es einen solchen Gerichtshof nicht. Auch wenn die von der Sozialdemokratie geforderte Ministerverantwortlichkeit bereits Gesetz wäre, brauchen die Herren nicht zu fürchten, vom Weihnachtstisch in die Patsche geschleppt zu werden; denn älter noch als das deutsche Reichselend ist das Wort von der einen Krähle, die der anderen nicht das Auge aushaut. Kann doch selbst der Eulenburg, um den das Gericht bereits die Fänge geschlagen hatte, sicher vor jeder Störung seiner Weihnachtsgenüsse sein. Fünf Wochen, sechs Tage und dreiundzwanzig Stunden lang ist er kreuzfidel, raucht und trinkt, unternimmt Spaziergänge und Spazierfahrten, unterhält sich mit seinen zahlreichen Gästen und führt auch sonst das Leben eines Fürsten. Nur in der einen Stunde, während der alle sechs Wochen die Gerichtskommission kommt und nach seinem Befinden sieht, ist er krank, und es wird aufs neue durch Protokoll festgestellt, daß der arme Mann absolut nicht verhandlungsfähig ist und auf absehbare Zeit auch nicht verhandlungsfähig werden wird. Hat die Kommission dann das Tor des Liebenberger Schlosses hinter sich, so nimmt das fidele Leben im Schlosse seinen Fortgang. Ernst und gewissenhaft liefert die Kommission ihr Protokoll ab und die Sache ist auf sechs Wochen wieder glatt. Ihm kann eben keiner. Und wer sich etwa über das Verfahren den Mund verbrennen wollte, darf sicher sein, daß er viel früher in Bismarcksee säße als der meinelidige Fürst Phili.

Doch zum Bankrott zurück. Oder waren wir schon eben dabei? — In der inneren wie in der äußeren Politik sind wir gänzlich auf den Hund gekommen. Unsere Staatsmänner und Diplomaten haben es fertig gebracht, daß sie im Auslande mit jenem niederträchtigen, gemüthlichen Lächeln bedacht werden, welches noch beleidigender wirkt, als feindselige Verachtung. Mit der Verachtung kann doch noch Furcht vor der Stärke des Verachteten verbunden sein. Die deutsche Politik dagegen wird verachtet, ohne daß noch Furcht vor ihrer Stärke vorhanden ist. Darum der gemüthliche Einschlag bei dem vieljagenden Lächeln des Ausländers.

Es ist aber auch gar zu hanebücheln in den letzten Wochen „enthüllt“ worden. Nach dem Artikel im Londoner „Daily Telegraph“, der im holländischen „Vaderland“, dann die Unterbreitung eines noch verblüffenderen Artikels im amerikanischen „Century Magazine“, aus dem trotz des angeblich angewendeten Schweigepflichts von M. 200 000 (50 000 Dollars) die pikantesten Rosinen auf den Markt gebracht worden sind. Vor einigen Tagen folgte dann die Mitteilung, daß ein Graf Hochberg, ein früherer intimer Freund des preussischen Kronprinzen, Briefe desselben zu veröffentlichen beabsichtige, in denen unter anderem, wie die Londoner „Times“ erfahren hat, der merkwürdige Satz vorkommt, soviel siehst fest, daß er, der Kronprinz, demnächst „die Geschäfte übernehmen“ werde. Was das für „Geschäfte“ sein sollen, wird nicht näher gesagt. Aber auffallen mußte es, daß offiziell vor Ankauf und Veröffentlichung der Hochberg-Briefe gewarnt wurde, da sie gefälscht seien. Wieso weiß der dementierende Offiziösus, daß die Briefe gefälscht sind? Kennt er sie denn? Und kennt er außer den angeblich gefälschten auch die echten Briefe? Welches müßte der Fall sein, wenn er behauptet, die Briefe seien gefälscht. Außerdem wäre der Sache doch schnell auf den Grund zu kommen. Die Handschrift ist doch ausschlaggebend. Warum wird also die „Norddeutsche Allgemeine“ Dementiersprüche in Bewegung gesetzt, ehe noch das Feuer brennt? Diese verdächtige Gile verrät alles andere, nur nicht das Bewußtsein ruhiger Sicherheit. Dazu kommt, daß der moralische Bankrott so vollständig ist, daß man in Deutschland in jedem offiziellen oder selbst in jedem offiziellen Dementi viel eher eine Bestätigung der dementierten Nachricht erblickt als eine Widerlegung. Zur Belehrung derer, die nicht in die politischen Sprachschneidereien eingeweiht sind, sei bemerkt, daß

man unter offiziellen Mitteilungen solche versteht, die von einem der Regierung nahestehenden und vermutlich von der Regierung im betreffenden Falle unterrichteten Blatte ausgehen, ohne daß die Regierung sich als Veranlasser der Mitteilung zu erkennen gibt. Eine offizielle Mitteilung dagegen geht ersichtlich von der Regierung aus, sei es, daß sie sich direkt als Veranlasser nennt, sei es, daß die Mitteilung im amtlichen Teil eines amtlichen Blattes erscheint. Doch selbst, wenn die Regierung neuerdings etwas offiziell dementiert, also in der bündigsten Form, die gedacht werden kann, stößt sie auf Unglauben; sie hat eben allen Kredit und alles Vertrauen verloren. Deutschland in Konkurs.

In der inneren Politik, sowohl auf dem wirtschaftlichen wie auf dem staatsrechtlichen und finanziellen Gebiete, sieht es ebenso trostlos aus. Das Reich hat eine Wirtschaftsperiode von noch nie dagewesenem Ertragsreichtum hinter sich. Der „Volkswohlfund“ hat nach Bülow jedes Jahr um 8000 bis 4000 Millionen Mark zugenommen. Er meint damit den Reichtum der oberen Zehntausenden, und hat damit nicht übertrieben. Trotzdem ist das Reich immer tiefer in die Schulden geraten, und die 600 Millionen neuer Steuern will es wieder aus den leeren Taschen des arbeitenden Volkes ziehen, als ob diese es wäre, das die drei bis vier Milliarden jährlich eingefackt habe. Die Nachlasssteuer dagegen, die einzig annehmbare, soll fallen gelassen werden, weil die Besitzenden mit Recht fürchten, daß dann ihre heillosen Steuerbeiträge an Licht kommen müßten. Bankrott liberal!

Und daß der Bloßfreisinn in Nidrdorf für noch weitere Verschlechterung des ohnehin miserablen Dreiklassenrechts bei den Gemeindevahlen gestimmt hat, vollendet das Bild.

Deutschland in Konkurs! Sie wollen es nur nicht einräumen. Fragt sich nur, wann das arbeitende Volk sich selbst zum Konkursverwalter ernennen und mit der Konkursmasse aufräumen wird?

Notizen und Glossen.

Die Beleidigungsaklage des früheren Redakteurs des „Grundstein“ und jetzigen Sekretärs des Zentralverbandes der Maurer, Fritz Paeplow, gegen den „Zimmerer“ hat in der Gerichtsverhandlung am 14. Dezember d. J. zu nachstehendem Vergleich geführt:

Herr Paeplow erklärt, daß er in keiner Weise durch seine Artikel im „Hamburger Echo“ Nr. 37, 43, 47 den Vorstand des Verbandes der Zimmerer habe angegriffen wollen.

Herr Bringmann erklärt seinerseits, daß er in den Nr. 8 und 9 der Zeitung „Der Zimmerer“ lediglich die Interessen des Verbandes der Zimmerer habe wahrnehmen wollen; es habe ihm ferngelegen, Herrn Paeplow durch seinen Artikel irgendwie zu beleidigen; er sehe aber ein, daß er sich zu einigen beleidigenden Äußerungen habe hinreißen lassen und nehme diese beleidigenden Äußerungen hiermit zurück.

Hiermit hat eine Sache ihren gerichtlichen Abschluß gefunden, die nicht vor ein ordentliches Gericht gehört und deshalb von ihm auch nicht endgültig entschieden werden konnte. Der „Vergleich“ beseitigt nur die „beleidigenden Äußerungen“, zu deren Zurücknahme wir uns bereit erklärt hatten, noch bevor die Klage von Paeplow beim Gericht anhängig gemacht worden war. Die „beleidigenden Äußerungen“ hatten ihren Zweck, Angriffe auf unseren Zentralverband abzuwehren, erfüllt und konnten deshalb unbedenklich zurückgenommen werden. Paeplow verlangte das anfänglich aber in einer Form, die geeignet erschien, den sachlichen Hintergrund der „beleidigenden Äußerungen“ zu verdecken und deshalb war sie für uns unmöglich.

Daß „beleidigende Äußerungen“ selbst innerhalb der modernen Arbeiterbewegung notwendig sind, bedauert vielleicht niemand mehr, als wir selbst; aber wir können es nicht ändern und können „beleidigende Äußerungen“ — immer im juristischen Sinne genommen — auch nicht vermeiden, solange innerhalb der modernen Arbeiterbewegung eine Form des Angriffs nicht ausgeschlossen bleibt, die kaum anders als mit „beleidigenden Äußerungen“ pariert werden kann. Ein Beispiel mag das beweisen. Paeplow schreibt in der Nr. 43 des „Hamburger Echo“ vom 20. Februar d. J.:

Ganz aufrichtig gestanden; die eigentlichen Beweggründe des Zimmererverbandes für sein ganzes Vorgehen bei den für die Maurer, Bauhilfsarbeiter und Zimmerer gemeinsam bevorstehenden Lohnbewegungen habe ich bisher noch nicht erfassen können. Und um nicht die Meinung aufgenommen zu lassen, das könne an meiner „Beschränktheit“ liegen, füge ich hinzu, daß es meinen sämtlichen Kollegen im Vorstände des Maurerverbandes und noch einigen anderen Leuten ebenso ergeht. Zimmerhin hätte ich ja einige „Gründe“, die man so nebenbei hört, die ich aber keineswegs als durchschlagende Gründe anzuerkennen vermag, anführen können.

Diese Ausführungen — wie sie Paeplow gemeint hat, lassen wir dahingestellt — umschreiben eine so schwere Beleidigung unseres Zentralverbandes, wie sie schwerer kaum

gedacht werden kann; sie erwecken die Auffassung, als handle unser Zentralverband seinen Klassengenossen gegenüber unredlich, als übe er Verrat an der Arbeiterklasse. Mag sich nun einmal der Meister melden, der es fertig brächte, die Paeplov'schen Ausführungen rein sachlich so zu widerlegen, daß die angegedeutete Auffassung, unser Verband übe Verrat, im Keime erstickt wird. Wer es versuchte, würde immer nur die Antwort bekommen: „Wer sich verteidigt, klagt sich an.“

Gegen solche Beleidigungen, wie eine in Paeplov's Ausführungen liegt, gibt es auch keinen Abweg. Die modernen Arbeiterverbände können nicht klagen. Aber die Abwehr solcher Angriffe läuft, wenn sie unter Anklage gestellt wird, immer Gefahr, gerichtlich beurteilt zu werden. Traurig genug deshalb, daß solche Angriffe innerhalb der modernen Arbeiterbewegung nicht unterbleiben und daß Parteizeitungen ihnen Raum gewähren.

Die „beleidigenden Äußerungen“ sind zurückgenommen und damit scheiden sie aus. Was übrig bleibt, harret der Erledigung, und das ist noch das dickste Ende der ganzen Angelegenheit.

Es ist selbstverständlich, daß mit der endgültigen Erledigung der Sache nicht wir uns befassen können, weil das über den Rahmen unserer Kompetenz hinausgeht. Zu solchen Angriffen, wie der Paeplov'sche einer ist, endgültig Stellung zu nehmen, die Konsequenzen für unseren Zentralverband daraus zu ziehen, gehört zu den Aufgaben unserer Verbandsinstanzen. Um so mehr, da der Paeplov'sche Angriff keineswegs allein steht. Zur gleichen Zeit, wo Paeplov unseren Verband angriff, machten das auch andere Beamte des Zentralverbandes der Maurer, und zwar in derselben Richtung wie Paeplov. Während Paeplov's Angriffe in der Parteipresse unternommen wurden, erfolgten die der anderen Beamten des Zentralverbandes der Maurer in Konferenzen, Kartellen und Versammlungen, so daß die Annahme naheliegt, daß solche Angriffe zur Politik des Zentralvorstandes des Maurerverbandes gehören oder ein Ausfluß derselben sind.

Unangenehme Ministererlasse für Unternehmer.

(Schluß.) Nachdem wir in voriger Nummer auch unsere Kameraden in Groß-Zimmern durch Abdruck ihrer Zuschrift zu Worte haben kommen lassen, kann die Angelegenheit mit einigen Schlußbemerkungen verlassen werden. Sie ist sehr aufgebauscht worden. An Ort und Stelle haben wir uns davon überzeugt, daß unsere Kameraden in Ludwigshafen bei ihrem Vorgehen nur von der Absicht geleitet waren, sich dagegen zu wehren, daß sie von den staatlichen Arbeiten systematisch ausgeschlossen wurden. Wenn staatliche Behörden das zum Anlaß weitergehender Maßnahmen genommen haben, so kann man selbstverständlich nicht unsere Kameraden in Ludwigshafen dafür verantwortlich machen.

Die Ursache, daß die Angelegenheit so aufgebauscht worden ist, bildet zweifellos der leidige Zwiespalt zwischen unseren Zahlstellen Mannheim und Ludwigshafen. Dieser Zwiespalt ist aber nicht durch „gewerkschaftliche Kirchturnspolitik“ entstanden, sondern durch sehr bedauerliche, persönliche Bermürfnisse, die viel weiter zurückliegen und mit der neueren Angelegenheit nicht das geringste zu tun haben. Wären die beiden Zahlstellen Mannheim und Ludwigshafen noch eine gemeinsame Zahlstelle, dann hätte trotzdem darauf gedrungen werden müssen, die staatlichen Arbeiten auch den in Ludwigshafen ansässigen Kameraden zu öffnen. Es hätte dabei ebenfalls eintreten können, was eingetreten ist, daß nämlich Mannheimer Verbandsmitglieder entlassen worden wären. Nur hätte das nicht so viel Staub aufgewirbelt wie bei dem leidigen Zwiespalt.

stande gebracht worden ist, herrscht meistens eine Schlappheit unter den Kameraden, die ihresgleichen sucht. Es ist gerade, als ob der Abschluß jeden so sehr angestrengt habe, daß nun bis zur nächsten Forderung geschlafen werden müsse. Statt daß man die Zeit des Waffenstillstandes — wie ich die Tarifaue nennen will — benutzt, um Aufklärungsarbeit vorzunehmen, sieht man gleichgültig und interesselos der Zukunft entgegen. Die Versammlungen sind schlecht besucht; nur ein kleiner Stamm hält die örtliche Bewegung aufrecht. In den Zeiten der Lohnbewegung ist eher etwas Leben in den einzelnen Zahlstellen zu verspüren. Wir sind aber auch bei einem Tarifverhältnis gezwungen, die Vorteile einer guten Konjunktur spurlos an uns vorübergehen zu lassen, während es den Unternehmern (was selbst von Befürwortern der Tarifabschlüsse zugestanden ist) bei schlechter Geschäftskonjunktur gar nicht darauf ankommt, die Vereinbarungen zu brechen. Das Zustandekommen der Tarifabschlüsse ist dann keine Errungenschaft der Arbeitnehmer, sondern das Gegenteil ist der Fall. Es ist dadurch der Macht des Unternehmertums ein Zugeständnis gebracht worden, daß es zu seinem Vorteile ausnützt. Erstens sind infolge der Tarifverträge die Unternehmer so gut organisiert worden, daß wir sie unseren Kameraden als Beispiel vorführen können, und weiter ist doch das Bestreben vorherrschend, daß die Verträge so zum Abschluß gebracht werden sollen, daß sie für ganze Gaue oder Provinzen, ja vielleicht später für das ganze Reich, zu einem bestimmten Zeitraum ablaufen und zwar, wenn möglich, zur Zeit des wirtschaftlichen Niederganges. Diese Periode wird in Zukunft noch leichter vorauszu sehen sein als jetzt. Daß die Krisen immer häufiger wiederkehrende Erscheinungen sind, die immer verheerendere Dimensionen annehmen, während die Prosperitätsperiode kürzer wird, was ja in der heutigen kapitalistischen Produktionsweise begründet liegt, ist wohl nicht abzustreiten. Dadurch ist ohne weiteres sicher, daß uns schwere Kämpfe bevorstehen, denn das Unternehmertum wird in dieser Zeit sich noch größere Privilegien verschaffen suchen. Gerade diese Kämpfe erfordern, daß aufgekärte, überzeugte und für gewerkschaftliche Ideale kämpfende Kameraden zusammenstehen. Mit Kameraden, die nur persönliche Vorteile im Auge haben, sonst aber alle Arbeiten anderen überlassen und den Verband als Unterstützungverein betrachten (worauf ich später zurückkommen werde), sind solche Kämpfe nicht zu führen. Und zu den zuletzt angeführten Zuständen kann es kommen bei Einführung eines Reichstarifes, weil dann die einzelnen Zahlstellen bezüglich der Bessergestaltung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen wenig und vielleicht später bald gar nicht zu taktischer und praktischer Arbeit herangezogen werden. Bestreiten will ich nicht, daß Gewerkschaften, wie der Metallarbeiterverband, zu solchen Abschlüssen gezwungen werden, weil sich in der Metallindustrie das Großkapital vertreten findet. Bei den Bauhandwerkern ist dieses vorläufig noch zu umgehen. Man hat im Bauhandwerk noch immer mit „Unternehmern“ zu rechnen, die auch nur vegetieren. Sicher ist, daß auch im Baugewerbe das Kapital sich Einfluß verschafft und daß das Kleinmeistertum mit der Zeit aufgerieben wird. Aber bis dahin gewinnen wir Zeit, und wenn es nicht anders geht, dann mögen wir es lieber jetzt darauf ankommen lassen und den Reichstarif verweigern, wo die Aussichten bei einem eventuellen Kampf für uns wesentlich günstiger stehen, als in Zukunft. Sonst kann es kommen, daß später keine widerstandsfähige Gewerkschaft mehr vorhanden ist. Nun zu den Unterstützungseinrichtungen — hier muß ich bekennen, daß ich bei Einführung Anhänger derselben war. Durch Erfahrung bin ich zur gegenteiligen Meinung gekommen. Es soll ohne weiteres zugegeben werden, daß die Unterstützungseinrichtungen ein gutes Agitationsmittel sind, aber der Geist, der in solchen Kameraden steckt, die dadurch für den Verband gewonnen werden, ist größtenteils kein sehr reger. Die Mehrzahl betrachtet, wie schon angeführt, den Verband als Unterstützungseinrichtung, und der Kampfcharakter der Gewerkschaft wird bei derartigen Gewerkschaftlern vollständig verwischt. Doch nicht nur bei diesen. Die früher eifrig und bereitwillig für ihren Verband gearbeitet haben, werden auch gleichgültig, weil sie bei aller Tätigkeit Undank ernten und Verständnislosigkeit vorfinden, die ihnen alle Lust am weiteren Arbeiten verleidet. Die Zeit, wo jemand ohne Bezahlung etwas tut, ja, noch persönliche Opfer bringt, wird wohl bald verschwinden. Die Unterstützungseinrichtung soll das Solidaritätsgefühl erwecken; wie das geschehen soll, ist mir noch nicht recht klar. Wir haben an Mitgliedern gewonnen, aber die Bewegung hat gelitten. Ueberall ergeben die Berichte, daß eine Flaueheit und Interesselosigkeit verspürt wird, und nicht nur zur Zeit der Krise. Diese Erscheinungen sind nicht von selbst eingetreten, sondern sie liegen meiner Ansicht nach in der Unterstützungseinrichtung begründet. (Bei Abschluß eines Reichstarifes wird sich dieser Zustand noch verschlimmern.) Und gefehlt den Fall, wir würden durch Verhältnisse gezwungen, das Unterstützungswesen wieder fallen zu lassen, was doch auch eintreten kann, so wäre das — ich will die Folgen nicht voraussetzen — für die betreffende Gewerkschaft ein

schwerer Schlag. Also alles in allem, wenn wir keine Verflachung der Bewegung wollen, sondern eine Organisation erstreben, die aus zielbewußten Klassenkämpfern besteht, dann dürfen wir keiner Erweiterung der Tarifabschlüsse, wie etwa dem Reichstarife, zustimmen, der nur eine neue Konzession an das Unternehmertum bedeuten würde und keinen Ausbau des Unterstützungswesens. Was nun einmal besteht, ist ja so leicht nicht wieder abzuschaffen. Ursprünglich als Mittel zum Zweck angenommen, würde ein Ausbau dieser Einrichtung sie sehr bald zum Selbstzweck werden lassen. Man poche auch nicht allzu sehr auf gefüllte Kassen (ich will hierdurch niemand treffen, sondern bemerke dies nur im allgemeinen), trotzdem ich den Wert derselben nicht unterschätzen will. Aber auch dies ist gewissermaßen nur ein Palliativmittel. Man soll sich nicht dem Gedanken hingeben, als könne man durch Kapitalsanhäufung den heutigen Gesellschaftszustand durch einen anderen, unseren Forderungen entsprechenden verdrängen. Nur durch festen, einmütigen Zusammenschluß wird das möglich sein. Dieser wird dadurch erreicht, daß jeder davon überzeugt ist, daß er fortgesetzt im Kampfe mit dem Unternehmertum steht und daß dieser Zustand nicht abgeändert, ja nicht eher beseitigt werden kann, bis die heutige kapitalistische Gesellschaftsordnung vernichtet und an deren Stelle die sozialistische gesetzt ist. Daß bei diesen idealen Gedanken und Anschauungen die Gegenwart nicht zu leiden hat, geht schon daraus hervor, daß derjenige, welcher diesen Anschauungen huldigt, auch einseht, daß nur durch eine straffe Organisation es möglich ist, den Machtgelüsten des Unternehmers entgegenzutreten, oder überhaupt widerstandsfähig zu sein, dann aber werden auch Kämpfer erzogen, welche im gegebenen Falle bereit sind, unter den schwersten persönlichen Opfern ihre Interessen zu vertreten. Wenn dieser Geist eine Gewerkschaft befeelt, dann können wir getrost in die Zukunft sehen.

Gilenburg (Prov. Sachsen), im Dezember 1908.

Wilhelm Quigg.

Der Abschluß von Tarifverträgen ist gewiß für diejenigen, welchen diese Aufgabe zufällt, keine leichte. Aber einen Kampf, der sich über ganze Landesteile ausdehnt, so zu führen, daß er einen siegreichen Ausgang nimmt, ist bedeutend schwerer. Da heißt es vor allem, das Interesse des gesamten Zentralverbandes, der Allgemeinheit wahrzunehmen. Zu berücksichtigen ist vornehmlich die augenblickliche Konjunktur. Es ist die Frage zu erwägen, ob die Möglichkeit naheliegt, den Kampf siegreich zu Ende zu führen, und ferner, ob die Organisation so gestaltet ist, daß sie dafür eine Garantie übernehmen kann, daß jeder Zimmerer, der mit in den Kampf hineingezogen wird, auch seinen Mann steht. Gewiß, wir haben bisher unseren Mann gestanden, aber es handelte sich in der Regel um Kämpfe, die nur auf einzelne Orte sich erstreckten. Wenn aber, wie bei dem diesjährigen Tarifabschluß für Mittel- und Süddeutschland, die Gesamtorganisation in Frage kommt, dann, meine ich, muß ein jeder Klassenbewußte Zimmerer die ergriffenen Maßnahmen, die doch nur im Interesse der Allgemeinheit getroffen wurden, für unbedingt als die einzig richtigen erklären. Unter keinen Umständen konnte es angehen, jedem einzelnen Ort Rechnung zu tragen. Wer unsere Presse richtig verfolgt hat, muß eingestehen, daß die Bautätigkeit an vielen Orten Deutschlands nachließ, und in diesem Moment mußte sich auch die ganze Situation ändern. Es muß aber auch in Betracht gezogen werden, daß der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe ganz entschieden an Macht gewonnen hat, und schließlich muß die von Amerika zu uns nach Deutschland herübergegriffene Krise mit in Erwägung gezogen werden. Ebenfalls war die Arbeitslosigkeit ziemlich groß, und sie ist noch im Steigen begriffen. Das ausgezeichnete Referat des Kameraden Kremser aus Frankfurt, der hier in Flottbek über: „Die Tarifverhandlungen und die Aufgaben unseres Verbandes“ sprach, hat uns gezeigt, daß gerade in dem Moment, wo die Situation am ungünstigsten war, der Mustertarif auf dem Plan erschien. Gatten unsere Vertreter schon so einen schweren Stand, so wurde derselbe durch die Geburt des Mustertarifes noch bedeutend schwieriger.

Daß die Regelung der Lohnfrage nicht nach dem Willen der in Frage kommenden Kameraden ausgefallen ist, kann niemand bestreiten, und man kann jenen Kameraden es durchaus nicht verdenken, wenn sie ihre Unzufriedenheit durch scharfe Worte zum Ausdruck bringen. Wir müssen aber nicht vergessen, daß unseren Vertretern dieser Abschluß ebenso wehe getan haben muß. Die Regelung der Lohnfrage ist auch gewiß nicht nach ihrem Willen erfolgt. Wenn nun von seiten einzelner Kameraden der Vorwurf erhoben wird, unsere Vertreter hätten bei den Verhandlungen nicht in genügender Weise die Interessen der Mitglieder wahrgenommen, so möchte ich behaupten, daß jeder vernünftige Mensch gar nicht anders handeln konnte, wie unsere Vertreter gehandelt haben.



Verbandsnachrichten.

Gewerkschaftspolitik, Gewerkschaftsstrategie, Kampftaktik, Tarifverträge usw.

Die Vorzüge der Tarifverträge im allgemeinen sind an dieser Stelle wohl genügend geschildert worden, so daß eine Wiederholung nicht notwendig ist. Ich werde deshalb die Nachteile kurz streifen. Es handelt sich wohl hauptsächlich darum, daß in Zukunft die Tarifabschlüsse durch den Zentralvorstand geregelt werden und die Bestimmungen des Vertrages dann für Bezirke, Gaue oder auch fürs ganze Reich gelten. Wenn auch diese Art Abschlüsse scheinbar etwas verlockendes an sich haben, schon deshalb, weil einzelne Zahlstellen sich nicht besonders daran zu beteiligen brauchen und von der Arbeit entbunden sind, so muß man denn doch vor allen Dingen sich die Nachteile vergegenwärtigen, welche die Tarifabschlüsse im allgemeinen, auch die jetzigen, gezeitigt haben. Nachdem der Tarifabschluß zu

Welches Bild würde sich vor unseren Augen entrollt haben, wenn wir tatsächlich den Kampf auf der ganzen Linie hätten aufnehmen müssen? Die Verantwortung für die Folgen eines solchen Kampfes würde kein ehrlich denkender Mensch auf sich genommen haben, wenigstens derjenige nicht, dem das Wohl seiner Organisation und deren Mitglieder am Herzen liegt. Ich glaube, auch jene Kameraden, welche nach dem Tarifabschluß scharfe Worte führten, werden doch eingesehen haben, daß, wenn auch keine nennenswerten Eroberungen gemacht sind, so doch keine Verschlechterungen eingetreten sind.

Die heutige Situation ist nicht dazu angetan, Betrachtungen über die Vergangenheit anzustellen; wir müssen unseren Blick in die Zukunft richten. Augenblicklich sieht es allerdings scheinbar so aus, als sei nun über allen Gipfeln Ruh'. Lassen wir uns aber dadurch nicht täuschen, sondern arbeiten wir noch intensiver als bisher an der Stärkung unseres Verbandes, wenn das für 1910 prophezeigte Gewitter nicht allzu ernste Spuren hinterlassen soll. Wollen wir 1910 gewappnet dastehen, dann muß eine Stärkung unseres Zentralverbandes vorgenommen werden, und zwar mehr, als es bisher der Fall gewesen. Jedoch nicht nur finanziell, sondern auch materiell. In erster Linie muß das Vertrauen der Kameraden zu- und untereinander größer werden. Desgleichen muß eine straffere Disziplin innerhalb unserer eigenen Reihen Platz greifen, damit jeder seinen Willen dem der Gesamtheit unterordnet. Wollen wir 1910 kämpfen, so müssen wir es machen wie die preussische Regierung: Wir müssen rüsten. Unter welchen Bedingungen 1910 ein Tarif zu stande kommt, ob ein solcher überhaupt abgeschlossen werden kann, ob Reichstarif oder überhaupt kein Tarif, darüber brauchen wir uns heute nicht zu streiten, das wird die Zeit lehren. Auch hierbei stoßen wir auf eine Reihe von Fragen, so z. B.: Ist die Position des Arbeitgeberbundes stärker oder schwächer als die unsere? Wird die jetzige wirtschaftliche Krise 1910 noch Spuren aufweisen? Diese beiden Fragen werden immer in Betracht kommen. Das Unterstufungswesen muß mehr ausgebaut werden, damit wir innerhalb unserer Organisation mehr Rückenstärke finden. Daß der Ausbau des Unterstufungswesens aber Opfer kostet, liegt klar auf der Hand. Der Verband muß so gebildet werden, daß ein jeder sich darin gesichert fühlt. Die 18. Generalversammlung wird sich mit allen diesen Fragen beschäftigen müssen. Ebenfalls wird die Frage geregelt werden, in welcher Weise die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberbund in Zukunft geführt werden sollen. Bestimmte Richtlinien festzulegen, halte ich für unmöglich, da diese sich nach der jeweiligen Situation richten müssen. Eine besondere Körperschaft zu wählen, welche an den Verhandlungen teilnimmt, oder sie gar selbst leitet, halte ich für nicht ganz richtig; man sollte dieses ruhig den Zentralinstanzen nebst Gauvorständen überlassen, vorausgesetzt, daß man ihnen das nötige Vertrauen schenkt.

Die Berichterstattung der Gauleiter hat gezeigt, daß in vielen Orten der Versammlungsbefuch zu wünschen übrig ließ. Diesem Uebelstand abzuwehren, muß sich jeder zur Pflicht machen. Die Einwendungen, die als Entschuldigung über das Fernbleiben von den Versammlungen erhoben werden, sind in vielen Fällen nicht maßgebend. In Wirklichkeit ist dieses nur auf mangelndes Verbandsinteresse zurückzuführen. Die beste Entschuldigung ist ja: „Ich hatte keine Zeit.“ Nun, wenn ein jeder diese Einwendung machen wollte, wenn niemand mehr Zeit haben will für die Interessen des Verbandes und für das Gesamtwohl der Arbeiterklasse, dann gäbe es in der Tat keine Arbeiterbewegung mehr. Desto mehr aber würden sich die Unternehmer bewegen. Ich meine, die Situation ist ernst genug. Jeder Kamerad muß es sich zur Ehre anrechnen, Mitglied einer großen und starken Organisation zu sein. Der Zweck dieser Organisation bedeutet aber nicht Kampf, sondern Wahrung und Verbesserung der beruflich-wirtschaftlichen Lage der Zimmerer Deutschlands. Wir haben in diesem Jahre gesehen, wie haltlos das Unternehmertum ist; deshalb ist es doppelt notwendig, daß wir unsere Versammlungen nicht mit allerlei persönlichen Reibereien und Nichtwürdigkeiten ausfüllen, sondern versuchen, mit aller Energie unseren Verband vorwärts zu bringen. Es ist noch unbestimmt, ob in den nächsten Jahren eine ähnliche Steigerung der Löhne eintreten wird, wie in früheren Jahren. Wir stehen vielleicht vor sehr schwierigen Situationen, in denen es gilt, das Aufrecht zu erhalten, was wir bisher errungen haben. Alles in allem können wir sagen: Auch bei den diesjährigen Tarifabschlüssen hat die deutsche Zimmererbewegung ihre Ehre gewahrt.

Hermann Martens, A.-Flottbek.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

In Gelsenkirchen ist dem Mitgliede Heinrich Fätsche das Mitgliedsbuch Nr. 069 865 und die Reiselegitimation Nr. 150 gestohlen worden. Die Verbandsfunktionäre

werden ersucht, sobald das Buch vorgezeigt wird, es dem Betreffenden abzunehmen und an den Zentralvorstand einzusenden.

Ausgeschlossen wurde auf Grund des § 16 Abs. 2 des Statuts in Düsseldorf: Ernst Lange (076 194).

Vorschüsse der Hauptkasse an die Zahlstellen zum Zwecke der Auszahlung an Arbeitslosen- und Reiseunterstützungen werden nur dann versandt, wenn solche Gesuche von drei Vorstandsmitgliedern unterzeichnet und dazu die vorgebrachten Karten benutzt werden. Letztere hat sich jeder Zahlstellenkassierer im Bedarfsfalle zu beschaffen.

Außerdem bedingt die Abwendung solcher Vorschüsse, daß die Kulturen über die im vorausgehenden Monat ausbezahlten Unterstufungen bei der Hauptkasse eingegangen sind. Schließlich sollen solche Vorschüsse nur dann bestellt werden, wenn die vorhandenen Mittel der Zahlstelle nicht ausreichen, den Betrag vorläufig auszuliegen oder die voraussichtliche Einnahme an Hauptkassenbeiträgen im ersten Quartal solche der Ausgabe an Unterstufungen nicht deckt.

Der Zentralvorstand.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

Konferenz der ostpreussischen Zahlstellen am 13. Dezember 1908 in Königsberg.

Die Konferenz, die im „Felsenkrug“ stattfand, wurde um 10¼ Uhr, vormittags, von dem Gauleiter Finsel eröffnet, der auf die Bedeutung und den Zweck derselben hinwies.

In das Bureau wurden gewählt die Kameraden Finsel, Dischereit und Stolt.

Als Tagesordnung wurde festgesetzt: 1. Arbeitslosenunterstützung. 2. Krankenunterstützung. 3. Stellungnahme zum Betonbau. 4. Unsere Lohn- und Tarifbedingungen. 5. Verschiedenes.

Ueber die ersten vier Punkte referierte zusammenhängend Kamerad Edel-Hamburg. Er führte etwa folgendes aus: Wenn die 17. Generalversammlung in der Zeit der flotten Bautätigkeit stattfand, so wird die 18. im Zeichen der Krisis tagen. Die Krisis hat sich auch in unserem Verbandsstande bemerkbar gemacht. Wenn noch bis zum dritten Quartal 1907 eine Zunahme der Mitglieder konstatiert werden konnte, so tritt von da ab eine geringe Abnahme ein; das dritte Quartal 1908 wird mit rund 51 000 Mitgliedern abschließen. Der Rückgang wäre aber unstreitbar ein größerer, wenn wir im Verbandsstande nicht Einrichtungen hätten, die das Interesse am Verbandsstande wachhalten. Hierzu gehört in erster Linie die Arbeitslosenunterstützung. Schwarzseher und andere „Freunde“ haben gemeint und auch wohl gehofft, daß unser Verband damit seine Schlagfertigkeit verlieren werde. Das ist nicht eingetreten. Es ist der bei der Einführung der Arbeitslosenunterstützung bereits vorgezeichnete Fall, daß aus der Hauptkasse einige tausend Mark zugefetzt werden, eingetreten; das braucht uns indes angesichts der Krisis nicht sehr zu überraschen. In der Zeit vom 2. Juni 1906 bis 17. Juni 1908 sind für Arbeitslosenunterstützung M. 645 017 ausgegeben und nur M. 609 382 eingenommen worden. Daraus ergibt sich, daß der Ausbau der Arbeitslosenunterstützung ohne Erhöhung der Beiträge nicht möglich ist. In den Händen der Mitglieder liegt es, ob sie zu dem Zwecke 5 oder 10 % mehr leisten wollen.

Die Erhebung über die Fälle von Arbeitslosigkeit infolge Krankheit hat ergeben, daß diese Einrichtung ohne besondere Beiträge nicht möglich ist. Würde eine solche Unterstufung geschaffen unter denselben Bedingungen wie die Arbeitslosenunterstützung, bei einem Unterstufungssatz von 50 % pro Tag, dann müßte ein Beitrag von 5 % wöchentlich gezahlt werden.

Eine Aussprache über den Betonbau, besonders aber über die Stellung der Einschaler muß herbeigeführt werden. Einschalen ist Zimmerarbeit und dafür ist der Lohn der Zimmerer zu zahlen. Dieser Grundsatz muß hochgehalten werden. Durchgeführt kann er aber erst werden, wenn wir uns diese Arbeit sichern und sie als gleichwertig erachten. Wir haben auf der Generalversammlung eine Verständigung zu schaffen, und geschieht das, dann werden auch beim Betonbau geordnete Lohn- und Arbeitsbedingungen möglich sein.

Die Tarifbewegung wird der wichtigste Punkt der Tagesordnung der Generalversammlung sein. Das Unternehmertum strebt nach dem Abschluß eines Tarifes mit unserem Verbandsstande. Bei der heutigen Rechtslage bedeutet der Abschluß eines Verbandsstarifs eine große Gefahr für uns. Das beweisen die Entscheidungen der Gerichte. Unser Recht richtet sich nach unserer Macht. Einem Verbandsstarif zustimmen, bedeutet, den Verband in seiner Gesamtheit binden, ihn verantwortlich machen für Handlungen einzelner Mitglieder und der Zahlstellen. Das würde in seiner Konsequenz die Preisgabe des Koalitionsrechtes bedeuten. Andernfalls aber würde den Zahlstellen das Entscheidungsrecht entzogen werden, und das liegt nicht im Interesse des Verbandes. Wir können aber der Hoffnung sein, daß die Generalversammlung Beschlüsse fassen wird, die die größte Selbständigkeit des Verbandes sichert. Wir haben aber mit aller Kraft schon jetzt mit der Stärkung unseres Verbandes zu beginnen, und das geschieht durch rastlose Agitation. (Beifall.)

Zunächst wurde in der Diskussion die Arbeitslosen- und Krankenunterstützung behandelt. Von allen Rednern wurde der Ausbau der Arbeitslosenunterstützung gefordert und die Notwendigkeit, den Wochenbeitrag um 5 % zu erhöhen, betont. Der erste Absatz der vorgelegten Resolution wurde auf Antrag Stolt-Königsberg, Kuschat-Wilft und Kaireit-Memel in diesem Sinne abgeändert und einstimmig angenommen.

Eine längere Debatte zeitigte die Stellungnahme zum Betonbau. Alle Redner waren erfreut, daß diese Frage jetzt angeschnitten und der Generalversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt wurde. Den Ausführungen des Referenten wurde zugestimmt.

Bur Tarifrfrage wurde ausgeführt, daß wir auf alle Fälle einen Reichstarif oder Bezirkstarif ablehnen müßten. Die örtlichen Verhältnisse müßten eingehend berücksichtigt werden. Das Vorgehen des Zentralvorstandes bei dem diesjährigen Tarifabschluß wurde gebilligt, da unter den herrschenden Verhältnissen an eine anderweitige Regelung nicht zu denken war. Die nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die am Sonntag, den 13. Dezember 1908, in Königsberg tagende Konferenz des Gau I erklärt, daß der Ausbau der Arbeitslosenunterstützung wünschenswert und die beantragte Krankenunterstützung nicht von der Hand zu weisen ist. Obwohl die augenblicklichen wirtschaftlichen Verhältnisse einer Beitragserhöhung nicht günstig sind, hält die Konferenz doch eine Erhöhung zum Zwecke des Ausbaues der Arbeitslosenunterstützung für wünschenswert.“

In Anbetracht aber dessen, daß die Unternehmer alles aufbieten und ganz gewaltige Anstrengungen machen, um ihre Organisation, den Arbeitgeberverband, auszubreiten und zu stärken zu dem Zweck, die Zimmerer Deutschlands an der Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu hindern, erklären die sämtlichen anwesenden Delegierten, daß sie anerkennen, daß auch unsererseits alles aufgebieten werden muß, die eigene Organisation derartig zu stärken, daß den Machtgefühlen der Unternehmer eventuell ein energisches „Nein“ entgegengesetzt werden kann. Die Delegierten versprechen deshalb auch, in ihren Zahlstellen den letzten noch fernstehenden Zimmerer dem Verbandsstande zuzuführen und dafür zu sorgen, daß zur Führung der bevorstehenden Kämpfe in unserem Berufe ein Kampffonds in ausreichender Höhe geschaffen wird.“

Unter „Verschiedenes“ wurden zwei von Königsberg gestellte Anträge, betreffend Agitation und Einstellung deutscher Arbeiter bei staatlichen Bauten, behandelt und angenommen. Dann wurde über die Handhabung bei Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung und über die Berechnung der Krankenzeit eingehend gesprochen.

Nach einem Schlußwort des Kameraden Finsel fand die von 22 Delegierten besuchte Konferenz gegen 7¼ Uhr abends ihr Ende.

Bericht von der Gaukonferenz in Hannover.

Am 13. Dezember wurde in Hannover-Linden beim Gastwirt W. Koch, Pavillonstr. 5, eine Konferenz für den Gau Hannover abgehalten. Die Tagesordnung lautete: 1. Wahl der Mandatprüfungskommission, 2. Wahl des Vorstandes, 3. Referat des Zentralvorstandesmitgliedes A. Römer-Hamburg, 4. Betonarbeit, 5. Agitation.

Die Konferenz wurde kurz nach 10 Uhr vom Gauleiter A. Wiegmann eröffnet. In die Mandatprüfungskommission wurden die Kameraden Maß-Hannover, Decker-Braunschweig und Schäfer-Verden gewählt. Zur Leitung der Verhandlungen wurden Gauleiter Wiegmann als erster Vorsitzender und Wahn-Hannover als zweiter Vorsitzender gewählt. Als Protokollführer fungierte der erste Schriftführer der Zahlstelle Hannover. Hierauf begrüßte und bewillkommnete der Vorsitzende der Zahlstelle Hannover die Delegierten im Namen der Zahlstelle. Die Verlesung der Präferenzliste ergab die Anwesenheit von 45 Delegierten, die 32 Zahlstellen vertraten. Vertreten waren die Zahlstellen Bergen, Braunschweig, Celle, Egestorf, Einbeck, Elvershausen, Elze (Bronau), Fallersleben, Förste, Goslar, Göttingen, Hameln, Hannover, Hildesheim, Holzwinden, Langelsheim, Mellendorf, Minden, Munster, Nienburg, Northeim, Peine, Schladen, Seesen, Soltan, Stadthagen, Uelzen, Verden, Walsrode, Wangelstedt, Winsen, Wittlingen und Wolfenbüttel.

Das Mitglied des Hauptvorstandes A. Römer-Hamburg führte über den Zweck der Gaukonferenz aus, daß diese nicht zusammengelommen sei, um irgend welche für den Verband bindende Beschlüsse zu fassen, sondern vielmehr Aufklärung zu schaffen über die Taktik, die die nächste Generalversammlung einzuschlagen habe. Die Kernfrage sei dabei: „Stellungnahme zu den bevorstehenden Lohnbewegungen und einer hiermit verbundenen Beitragserhöhung.“

Auf die Taktik des deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe eingehend, erläuterte Redner die Möglichkeit eines Massenaustrittes im Jahre 1910 und weist an der Hand reichlichen Materials darauf hin, mit welchen Schwierigkeiten der Verband bei den nächsten Verhandlungen zu tun haben würde, wenn er nicht finanziell besser gerüstet sei. Die zur Zeit vorhandenen Mittel für den Kampf würden nicht lange ausreichen. Infolge der großen Arbeitslosigkeit seien im letzten Jahre mehr Gelder für Arbeitslosenunterstützung ausgegeben, als an Beiträgen hierfür eingenommen seien. Bei den jetzigen Beiträgen sei es deshalb nicht möglich, die bestehende Arbeitslosenunterstützung zu erhöhen, und an die angeregte Krankenunterstützung sei gar nicht zu denken. Sollte hierin etwas geschaffen werden, dann müßten die Beiträge erhöht werden. Bei 5 % Erhöhung pro Woche könnte z. B. die Arbeitslosenunterstützung pro Tag um 25 % auf die Dauer von sechs Wochen erhöht werden oder ließe sich eine Krankenunterstützung von 50 % pro Tag für die Dauer von sechs Wochen errichten. Zur Frage der Krankenunterstützung habe die Generalversammlung im nächsten Jahre Stellung zu nehmen. Die Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Daran knüpfte sich eine rege Diskussion. Rathert-Minden ist für die Erhöhung der Beiträge, sowohl um den Kampffonds zu stärken, als auch um die Krankenunterstützung einzurichten.

Jahr-Hannover ist der Meinung, daß die Beiträge um mindestens 10 % erhöht werden müßten, um auch die Krankenunterstützung einzuführen, denn diese sei notwendiger als die Arbeitslosenunterstützung und diene auch als Agitationsmittel in den ländlichen Bezirken. Redner wandte sich ferner gegen die Berichte im „Zimmerer“ über den Reichstarif und ist der Meinung, daß diese mehr geschadet als genutzt haben. Bei Abschlüssen von Tarifen müsse den Führern mehr Vertrauen entgegengebracht werden.

Leustie-Celle ist für die Erhöhung der Beiträge und wünscht die Arbeitslosenunterstützung nicht pro Tag erhöht, sondern statt dessen lieber von 6 auf 8 Wochen ausgedehnt unter Beibehaltung des bisherigen Satzes.

Brohmann-Gildesheim ist für die Erhöhung der Beiträge und wünscht auch, daß die Arbeitslosenunterstützung besser ausgebaut wird.

Pinnow-Braunschweig ist gegen Tarifverträge; weiter befürchtet er bei Ausbau der Unterstüßungseinrichtungen erhöhte Beiträge.

Römer-Hamburg verbreitete sich über den Reichstarif. Wie dieser gedacht und wie darüber zu verhandeln ist, liegt noch nicht klar vor. Vorschläge hierzu seien noch nicht gemacht; die nächste Generalversammlung solle dazu Stellung nehmen. Ein zu großer Apparat bei den Verhandlungen sei schädlich. Ueber die Erhebungen im Betonbau teilte Redner mit, daß beim Einschalen auf Betonbauten 2719 Zimmerer und 2078 Arbeiter beschäftigt wurden. Vom Redner wurde folgende Resolution verlesen:

„Die am Sonntag, dem 13. Dezember 1908, in Hannover-Linden tagende Konferenz der Zimmerer des Gau 11 erklärt, daß der Ausbau der Arbeitslosenunterstützung notwendig und die beantragte Krankenunterstützung nicht von der Hand zu weisen ist. Da aber die augenblicklichen wirtschaftlichen Verhältnisse eine wesentliche Beitragserhöhung, welche ohne Zweifel beide genannte Einrichtungen erfordern würden, nicht zweckmäßig erscheinen lassen, so beschließt die Konferenz, es bezüglich der Unterstüßungseinrichtungen im Verbandsvorläufig so zu belassen, wie es bisher war. In Anbetracht dessen aber, daß die Unternehmer alles aufbieten und ganz gewaltige Anstrengungen machen, um ihre Organisation, den Arbeitgeberverband, auszubreiten und zu stärken zu dem Zwecke, die Zimmerer Deutschlands an der Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu hindern, erklären die sämtlichen anwesenden Delegierten, daß sie anerkennen, daß auch unsererseits alles aufgegeben werden muß, die eigene Organisation derart zu stärken, daß den Machtgelüsten der Unternehmer eventuell ein energisches „Nein!“ entgegenzusetzen kann. Die Delegierten versprechen deshalb, auch in ihren Zahlstellen den letzten noch fernstehenden Zimmerer dem Verbandsvorstand zuzuführen und gleichzeitig eine Beitragserhöhung zur Führung der bevorstehenden Kämpfe in unserem Bezirke anzuregen und dafür einzutreten.“

Maß-Hannover ist für eine Erhöhung der Beiträge um 10 %, wünscht aber die Karenzzeit herabgesetzt auf drei Tage. Bei Abschluß eines Reichstarifs wünscht Redner ein Einspruchsrecht für die Mitglieder.

Wiegmann-Hannover ist für Krankenunterstützung. Söffge-Goslar ist für Erhöhung der Beiträge; die Unterstüßungseinrichtungen müßten ausgebaut werden.

Schröder-Nelzen ist gegen die Erhöhung der Beiträge. Deder-Braunschweig ist für die Erhöhung um 10 % oder mehr, wünscht aber erst die Arbeitslosenunterstützung besser ausgebaut und eine stärkere Agitation auf dem Lande.

Römer-Hamburg erklärt, daß die Kürzung der Karenzzeit nicht durchführbar ist.

Hierauf trat kurz nach 1 Uhr eine Mittagspause ein. Nach Wiederaufnahme der Sitzung um 2 1/2 Uhr gab zunächst

Maß-Hannover das Resultat der Mandatprüfung bekannt. Anwesend sind danach 45 Delegierte. Der Kollege Maurer de Bur wird als Delegierter zugelassen, hat aber, da er kein Mitglied des Zimmererverbandes ist, keine beschließende Stimme. In der fortgesetzten Diskussion spricht Mahn-Hannover für die Erhöhung der Beiträge um mindestens 10 %, um die Unterstüßungseinrichtungen ausbauen zu können und den Kampffonds zu stärken.

Siegmann-Göttingen und Helmke-Einbeck sind gegen die Erhöhung der Beiträge.

Gebhardt-Evershausen beantragt geteilte Abstimmung über die Resolution, da die meisten Redner für eine Erhöhung der Beiträge um 10 % seien und zwar 5 % pro Woche für den Streifonds und 5 % für den Ausbau der Unterstüßungseinrichtung.

Für eine Beitragserhöhung im Sinne der Resolution (um 5 % pro Woche) stimmen nur drei Delegierte, während 34 für eine Beitragserhöhung von 10 % sind unter der Bedingung, daß auch die Unterstüßungseinrichtungen ausgebaut werden.

Zum dritten Punkt, „Agitation“, gab Gauleiter Wegmann einen Bericht über die Agitation im 11. Gau. Mehrere sich zum Wort meldende Delegierte sind der Ansicht, daß der Hauptvorstand mehr zur Agitation zuschießen müsse. Von anderen Delegierten wurde betont, daß auch sämtliche Gewerkschaftsmitglieder politisch sich organisieren und auch Leser der Parteipresse sein sollten. Weiter wurde auf die Notwendigkeit einer genauen Kontrolle der Arbeitslosenunterstützung hingewiesen. Zum Schluß forderte Wiegmann die Delegierten, die gegen die Resolution gestimmt haben, auf, nun aber für diese einzutreten, da die Majorität dafür gestimmt habe. Er schloß dann die Konferenz kurz nach 5 Uhr mit einem Hoch auf den Zentralverband.

Gau 10 (Nordwest-Hannover).

Bei der Septemberberatung konnten nicht alle Zahlstellen berücksichtigt werden. Unterzeichnet erhebt daher vom Gauvorstand den Auftrag, über „Die Tarifbewegung im Zimmergewerbe“ in den übrigen Zahlstellen zu referieren. Ueber den Verlauf der Versammlungen soll hier kurz berichtet werden. In Veeracht kamen folgende Zahlstellen: Brafe, Braamsche, Leer, Norden und Osnabrück. Die beiden letztgenannten Zahlstellen mußten indes ausbleiben. In Braamsche fand am Versammlungstage eine wichtige Krankenkassenversammlung statt, woran unsere Kameraden stark interessiert waren, da im nächsten Jahre die Wahlen für das Schiedsgericht der Versicherungsanstalt Hannover stattfinden und bekanntlich die Krankenkassen das Fundament bilden bei der Wahl der Arbeitervertreter für die Arbeiterversicherung. In Brafe soll am Sonntag keine Versammlung stattfinden können. Warum nicht, ist mir unbekannt geblieben. Jedenfalls sage ich mir aber, daß stichhaltige Gründe dafür wohl nicht vorhanden sind. In den Kreisen unserer Kameraden hat die Meinung Platz gegriffen, daß Versammlungen nur an ganz bestimmten Tagen stattfinden können. Eine Ansicht, der entgegengetreten werden muß. Eine Organisation, die intakt ist, muß zu jeder Zeit Versammlungen abhalten können, ganz gleich, ob Sonntags oder in der Woche. Die erste Versammlung fand in Leer statt. Von 25 Mitgliedern waren 16 erschienen. In Leer ist unsere Bewegung noch jüngeren Datums; Lohnbewegungen haben unsere Kameraden

dort noch nicht durchgemacht, ein Vertrag besteht dort für uns nicht. Nichtsdestoweniger fand ich dort aufmerksame Zuhörer; denn unsere Kameraden in Leer sind sich dessen bewußt, daß sie ein Glied in der Kette der deutschen Zimmererbewegung bilden und daß nur eine gute Organisation im Lande ist, die Interessen der Zimmerer zu vertreten. Daher wurde denn auch in der Diskussion aufgefodert, das Gehörte zu beherzigen und für den Ausbau der Organisation Sorge zu tragen. Mit dem Abschluß der Lohnbewegung in diesem Jahre war man einverstanden.

In Norden waren von 20 Mitgliedern 12 in der Versammlung. Auch hier besteht unsere Zahlstelle noch nicht lange; die Zimmerer waren früher im Holzarbeiterverband organisiert. In diesem Jahre hatte unsere dortige Zahlstelle die erste Lohnbewegung zu führen. Gelegentlich einer Aussperrung der Holzarbeiter wurden unsere sämtlichen Mitglieder in Mitleidenschaft gezogen. Und wahrlich, unsere Kameraden haben ihre Soldatentätigkeit genügend bewiesen, nicht ein einziger ist abgefallen. Erreicht wurde durch die Bewegung 2 1/2 Lohnerhöhung; allerdings nicht alles, was beabsichtigt war, dies wird später nachgeholt werden. Unsere Kameraden in Norden sind sich auch bewußt, daß sie an dem Ausbau der Organisation mithelfen müssen, das beweist am besten ein Versammlungsbeschuß, der einstimmig gefaßt wurde, in der beitragsfreien Zeit 20 % Beitrag für die Lokalkasse zu zahlen. Eine Diskussion fand weiter nicht statt.

In Osnabrück waren von 50 bis 60 Mitgliedern 23 anwesend. Hier wäre jedenfalls die Versammlung besser besucht worden, wenn nicht die Wahlen zur Innungsrentenkasse und auch eine Versammlung der Zentralrentenkassenmitglieder stattgefunden hätten. Ich fand hier aufmerksame Zuhörer. Eine Diskussion fand nicht statt, da ich erst weit über die Mittagspause hinaus mit meinem Referat fertig war. Allerdings behielt man sich vor, in der nächsten Versammlung auf mein Referat zurückzukommen. Ich bin der Meinung, daß diskutiert werden muß, wenn man mit dem Besagten nicht einverstanden ist, aber denn auch in Anwesenheit des Referenten. Nachher in Abwesenheit des Referenten zu diskutieren, halte ich aus dem Grunde nicht für richtig, weil es dann unmöglich ist, falschen Auffassungen über das Referat entgegenzutreten.

Alles in allem bin ich mit dem Resultat der Versammlungen zufrieden. Es herrscht ein reger Geist unter den Kameraden, und ich bin überzeugt, daß sie auch in der Stunde des Kampfes ihren Mann stellen werden.

Vant-Wilhelmshaven, im Dezember 1908. **Feinr. Ossen.**

Unsere Lohnbewegungen.

Gesperret sind in Berlin die Firma Schüpe in Friedenau, in Chemnitz das Geschäft von Kroch jun., in Landsberg bei Halle a. d. S. das Geschäft von Koch und in Wilhelmshaven die Hafengebäuden der Firma Gustavsburg.

Oesterreich.

Gestreift wird in Karlsbad (Böhmen). Gesperret sind Klagenfurt, Königswald und Willach.

Ungarn.

Im Lohnkampfe stehen: Arab, Eßtergom, Cserventka, Debrecen, Mindshent, Gyöngyös, Droszháza und Székeshéwar.

Schweiz.

Buzug ist streng fernzuhalten vom Platz Wezel in Luzern bei Rheinod.

Berichte aus den Zahlstellen.

Aue i. Erzgeb. (Jahresbericht.) Zu Beginn des Jahres hatte es den Anschein, als ob die Bautätigkeit nicht recht in Fluß kommen sollte. Bald besserte sich aber die Konjunktur, so daß nicht nur sämtliche hiesigen Kameraden Beschäftigung im Beruf fanden, sondern auch fremde Kameraden. Gegen Herbst ließ die Bautätigkeit wieder merklich nach, wodurch viele verheiratete Kameraden gezwungen waren, auswärts zu arbeiten oder in Fabriken Beschäftigung zu suchen. Versammlungen haben in diesem Jahre 11 stattgefunden und 2 Sitzungen. In 3 Versammlungen war der Gauleiter Laue anwesend und in einer Versammlung der Verbandsvorsitzende Schrader. Schwierigkeiten wurden uns in diesem Jahre von den Meistern nicht gemacht.

Am 10. Dezember fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Arbeitervertreterwahlen. 2. Vorstandswahl. Im ersten Punkt der Tagesordnung hielt Kamerad Laue ein treffliches Referat, das mit Beifall aufgenommen wurde. Nach kurzer Diskussion wurde in den zweiten Punkt eingetreten. Der gesamte Vorstand wurde neu besetzt. Es folgte sodann die Aufstellung eines Kandidaten für die Delegiertenwahl zur Generalversammlung in Stuttgart. Am Schluß forderte der Vorsitzende die Kameraden zur regsten Agitation und zum besseren Versammlungsbesuch auf. Die Gleichgültigkeit müsse verschwinden und neues Leben müsse in unserer Zahlstelle eintreten, damit auch wir in Aue bessere Zustände erringen.

Belgern. Am 13. Dezember tagte eine Mitgliederversammlung im Bräutigams Lokal, welche gut besucht war. Kamerad Wolfram erstattete Bericht von der Gaukonferenz in Leipzig. Nach lebhafter Debatte über die Aufgaben der nächsten Generalversammlung, wie die Tarif- und Lohnbewegung, Arbeitslosen- und Krankenunterstützung, sowie Stellungnahme zum Betonbau, wurde folgende Resolution angenommen: „Die am 13. Dezember tagende Mitgliederversammlung der Zahlstelle Belgern erklärt: Wir treten entschieden dafür ein, daß der Betonbau als Zimmererarbeit anerkannt wird. Der Ausbau der Arbeitslosenunterstützung ist wünschenswert als Agitationsmittel, jedoch nach Lage der Verhältnisse aufzuschieben. Die Erwerbslosenunterstützung ist nicht einzuführen. Der Verband der Zimmerer soll Kampfesorganisation bleiben. Gegen eine Beitragserhöhung wird protestiert insofern, weil Belgern bei einem Stundenlohn von 28 bis 32 % schon den Wochenbeitrag von 45 % zahlen

muß.“ Hierauf wurde ein Kandidat zur Generalversammlung aufgestellt. In kürzester Zeit soll eine Agitationstour vorgenommen werden. Der Vorstand wurde wiedergewählt. Die Arbeitslosenkontrolle wurde dem Kameraden Sämann übertragen; sie findet vormittags von 10 bis 11 Uhr statt. Die Errichtung einer Zahlstelle der Zimmerer-Zentralrentenkasse wurde in Aussicht genommen. Nach Erledigung interner Angelegenheiten schloß die Versammlung.

Salbe a. d. S. Unsere Mitgliederversammlungen zeichnen sich in der Regel durch schlechten Besuch aus. Auch die außerordentliche Versammlung, die am 12. Dezember stattfand, machte keine Ausnahme. Trotzdem wurden die Tagesordnungspunkte glatt erledigt. Der Vorstandswahl folgte die Delegiertenwahl zur Konferenz nach Magdeburg, und hierauf wurden noch unter „Verschiedenes“ einige weniger wichtige Angelegenheiten geregelt. Von einer Besprechung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wurde des schwachen Besuches wegen abgesehen. Mit einigen anfeuernden Worten an die Anwesenden, die Versammlungen besser zu besuchen und die Gleichgültigkeit endlich abzustreifen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Chemnitz. Am 16. Dezember tagte in der Blauenschen Bierhalle eine Mitgliederversammlung der Zimmerer von Chemnitz und Umgegend. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, kam das Aufnahmegebet des Kameraden Marek zur Diskussion. Der Betreffende hat bei unserer vorjährigen Lohnbewegung als Arbeitswilliger fungiert. Er bedauerte dies und versprach, wenn wir ihn wieder in unsere Mitte aufnehmen, ein braves, treues Mitglied zu bleiben. Es wurde beschlossen, seine Aufnahme beim Zentralvorstand zu beantragen, wenn er 14 Eintrittsgeld zahlt — das ist außer dem üblichen Eintrittsgeld die Hälfte der im vorigen Jahre geleisteten Extrabeiträge — und ferner eine Annonce im „Zimmerer“ abgibt, worin er erklärt, daß er seinen Jesuitentum bedauert. Diesem will er nachkommen. Zu Punkt 1 der Tagesordnung lag ein Antrag der Verwaltung vor, worin verlangt wird, in der beitragsfreien Zeit einen Wochenbeitrag von 20 % zu zahlen, um die Arbeitslosen, die ausgeteuert sind, eine Woche länger unterstützen zu können. Ein weiterer Antrag besagt, daß alle Kameraden, welche sich bis 21. Dezember arbeitslos gemeldet haben und ein Jahr der Zahlstelle Chemnitz angehören, für die Weihnachtswoche 1,50 Zuschlag erhalten, ebenso diejenigen, welche bezugsberechtigt sind und sich noch nicht melden können, weil sie vorher ausgeteuert waren. Ein dritter Antrag will in der Zeit vom 24. Dezember d. J. bis 1. Januar 1909 zureisenden Kameraden 1,50 Lokalzuschlag zur Reiseunterstützung gewähren. Nach lebhafter Debatte wurde der erste Antrag abgelehnt, die beiden anderen wurden angenommen. Zwei Anträge aus der Mitte der Versammlung, wovon einer verlangte, Extrabeiträge im Sommer zu erheben und der andere, eine Extramarke à 50 % im Winter zu geben, wurden nicht unterstützt. Im dritten Punkt wurde der Platzstreik bei Kroch jr. gutgeheißen. Von sämtlichen Rednern wurde die Entlassung der zwei Kameraden als Maßregelung anerkannt. Arbeitswillige haben sich noch nicht gefunden. Es wurde beschlossen, den zwei Gemäßigten den halben Tag Zeitverhältnis und den Streikenden die ersten drei Tage aus der Lokalkasse zu ersetzen. Unter „Gewerkschaftliches“ wurde Beschwerde geführt, daß bei Müller & Möpfer am Konsumbau von ungelerten Arbeitern Gerüste aufgestellt werden. Der Vertrauensmann soll aus diesem Grunde bei der Firma vorstellig werden. Von Seiten der Maurer und Bauhilfsarbeiter wurde verlangt, daß Kamerad Gubisch die Verdächtigungen, die er in der letzten Versammlung gegen die vorjährige Streikleitung getan haben soll, zurücknimmt. Der Versuch, diese Angelegenheit aufzulären, führte zu heftigen Debatten. Von dem Kameraden Ungelühm wurde die Verstümmelung unserer Versammlungsberichte scharf kritisiert. Er wünschte Aufschluß, wer hieran die Schuld trage, die Presse oder der Schriftführer. Es handelt sich darum, daß eine in der letzten Versammlung angenommene Resolution betreffs Anstellung des Vertrauensmannes von der „Volkstimme“ gekürzt wurde und von der Redaktion des „Zimmerer“ ganz weggelassen wurde. Dieses wurde von mehreren Rednern verurteilt. Es soll in Zukunft bei derartigen Angelegenheiten Beschwerde bei der Preßkommission erhoben werden. Kamerad Straube wurde beauftragt, den vorigen Versammlungsbericht an die Preßkommission des „Zimmerer“ zu senden und eine Richtigstellung zu verlangen. Von einem Kameraden wurde noch auf den Zimmermeister Pemp verwiesen, der eine Liste über die bei ihm beschäftigten Zimmerer führt, worin die Sünden eines jeden einzelnen vermerkt sind. Um derartigen Fällen, wie die in der vorletzten Versammlung, betreffs Gubisch und der vorjährigen Streikleitung, in Zukunft vorzubeugen, wurde beschlossen, künftig von unserer Seite in die Versammlungen der Maurer und Bauhilfsarbeiter einen Kameraden zu delegieren; daselbe sollen die beiden anderen Kameraden tun. Dieses versprachen die anwesenden Vertrauensleute der Maurer und Bauhilfsarbeiter. Mit einem Hinweis auf die Einziehung sämtlicher Bücher zum Jahreseschluß schloß der Vertrauensmann die Versammlung.

Danzig. Eine von 139 Kameraden besuchte Mitgliederversammlung tagte am 8. Dezember im Lokale von Steppuhn. Kamerad Cde-Hamburg hatte das Referat übernommen. Er behandelte das Thema: „Welchen Nutzen haben die Frauen von den gewerkschaftlichen Organisationen?“ Einleitend bemerkte Redner, daß der Wunsch der Danziger Mitglieder, es möchten auch die Frauen an den Versammlungen teilnehmen, durchaus berechtigt sei. Seiner Erfüllung ständen auch gesetzliche Hindernisse nicht mehr entgegen, weshalb nur gewünscht werden könne, daß die Frauen von diesem Rechte in ausgiebigster Weise Gebrauch machten. Die Frauen müßten zu treuen Mitkämpferinnen erzogen werden; gemeinsam mit dem Manne müßten sie die Lebenshaltung der Familie aufzubessern versuchen. Redner zeigte dann in recht interessanten Ausführungen, wie das Bestreben der Regierung und der herrschenden Klasse auf die Unterdrückung und Rechtsmachung der Arbeiterklasse hinfiele. Auch das Unternehmertum wende seinen ganzen Einfluß auf, um den Arbeiter auf möglichst niedrigem Niveau zu halten. Erst seit der Errichtung von Gewerkschaften sei dieses Bestreben erfolgreich durchkreuzt worden. In früheren Zeiten nahmen die Unternehmer für sich allein das Recht in Ana

spruch, die Lohn- und Arbeitsbedingungen festzusetzen; die Arbeiter waren dabei vollkommen ausgeschaltet. Heute sei das anders. Durch die Gewerkschaften habe auch der Arbeiter das Recht erlangt, bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mitzubestimmen. Redner schilderte sodann die erfolgreiche Tätigkeit der Gewerkschaften, insbesondere die unseres Zentralverbandes. Der Einfluß der Gewerkschaften ließe sich aber noch gewaltig steigern, wenn die große Zahl der Indifferenten sich zum Beitritt zu den Gewerkschaften entschließen könnte. Hier müsse der Hebel angelegt werden. Durch rührige Agitation müsse man versuchen, sie alle der Organisation zuzuführen. Nachdem Redner noch in knappen Strichen ein Bild von der Entwicklung unseres Verbandes entworfen hatte, schloß er seinen Vortrag mit der Aufforderung an alle Kameraden zur regsten Mitarbeit an dem weiteren Erstarken unseres Zentralverbandes.

Dießen a. Ammersee. Am 13. Dezember fand im Vereinslokal „Tuzinger Hof“ eine Zimmererverversammlung statt, der auch die Vorstände der hiesigen Maurer- und Bauhilfsarbeiterorganisation beiwohnten. Die Versammlung war sehr gut besucht und zeugte vom besten Einbernehmen und Hand in Hand arbeiten der freien Gewerkschaften in Dießen. Nach Bekanntgabe des Rechnungsabchlusses vom vierten Quartal wurde in die Tagesordnung eingetreten. Diese lautete: 1. Vortrag über die Entstehung und die Tätigkeit unserer Zahlstelle. 2. Anträge und Beschlüsse. 3. Vespredung einer gemeinsamen Christbaumfeier der freien Organisationen in Dießen. Der erste Vorsitzende, Kamerad Wolff, legte in kernigen Worten dar, wie im Jahre 1905 anfänglich des Gummiarbeiterstreiks in München die Arbeiterchaft von Dießen zu der Einsicht kam, daß die Organisation dringend notwendig sei. Weiter schilderte er die Durchführung der Lohnbewegung im April 1907, und dankte in warmen Worten dem Schriftführer Lappke sowie allen Kameraden, insbesondere auch den drei Kolieren für treue Unterstützung. Er gab seinem Bedauern Ausdruck über den schwachen Besuch der Versammlungen während des Sommers und erwähnte besonders die jüngeren Kameraden zu regster Teilnahme an den Versammlungen sowie zur rührigen Agitation. Ferner zeigte er, indem er eine kurze Schilderung über unseren Lohnstarif gab, wie alle Mitglieder in gleichem Maße der Organisation zu Dank verpflichtet seien, besonders aber die jüngeren, deren Löhne recht erheblich aufgebessert worden seien. Fester Zusammenschluß sei mehr als je notwendig. Jeder Kamerad müsse mit arbeiten an dem Erstarken der Organisation. Unsere Zahlstelle müsse so ausgebaut werden, daß uns das Unternehmertum im nächsten Jahre gerüstet finde. Hierauf dankte der bisherige Schriftführer, Kamerad Lappke, den Anwesenden für die treue Unterstützung während des Lohnkampfes. Auch er forderte zu größerem Eifer auf. Eine Sammlung zu Gunsten der Angehörigen der im Markkühnenstreik Verurteilten ergab einen Betrag von M 14,15, worüber in der „Münchener Post“ quittiert ist. Im zweiten Punkt der Tagesordnung ging ein Hülsferus an die Zahlstellen der Zimmerer, Maurer und Bauhilfsarbeiter von den bei einem hiesigen Wasserleitungsneubau beschäftigten organisierten Arbeitern. Diese ersuchen um Unterstützung zur Beseitigung der dort vorhandenen Mißstände. Es wurde beschlossen, sofort Schritte zu tun, um möglichst bald Abhilfe zu schaffen. Des weiteren wurde sofort an die Bauleitung des Bauhilfsarbeiterverbandes berichtet und ein Eingreifen gefordert. Gleichzeitig wurden auch die anwesenden Wasserleitungsarbeiter zur regen Agitation unter ihren Arbeitskollegen ersucht. Im dritten Punkt der Tagesordnung wurde einstimmig von allen Anwesenden beschlossen, eine gemeinsame Christbaumfeier am Silvesterabend zu veranstalten.

Eibing. In der Mitgliederversammlung am 9. Dezember wurde zuerst die Wahl eines Kandidaten zur 18. Generalversammlung vorgenommen. Alsdann erläuterte Kamerad Ede-Samburg in einem gediegenen Vortrage die Aufgaben der nächsten Generalversammlung. Er zeigte, daß es möglich sei, bei einer Erhöhung der Beiträge um 5 resp. 10 % die Arbeitslofenunterstützung zu verbessern. Vor allem betonte er aber, daß unsere Organisation so ausgebaut werden müsse, daß sie auch in der Zukunft mit den Arbeitgeberverbänden für uns günstige Verträge zu vereinbaren im Stande sei. Es wurde noch beschlossen, während der beitragsfreien Zeit wöchentlich 15 % Lokalfondsbeitrag zu erheben. Mit einem Hoch auf den Verband wurde die Versammlung geschlossen.

Görlitz. Unsere regelmäßige Mitgliederversammlung fand am 9. Dezember in „Stadt Hamburg“ statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des verstorbenen Kameraden Schnabel in üblicher Weise gelehrt. Sodann wurde die Neuwahl des Vorstandes und der Revisoren vollzogen und hierauf die Wahl des Delegierten zur Bauarbeiterchutzkommission und der Kartelldelegierten. Daran schloß sich die Wahl eines Kandidaten zur Generalversammlung. Zu der zum Januar einberufenen Gaufonferenz in Görlitz beschloß die Versammlung, vier Delegierte zu senden. Den Kartellbericht erstattete sodann Kamerad Eismann. In „Verschiedenes“ ergriff noch Kamerad Köhler aus Dresden das Wort, der die augenblickliche Lage im Baugewerbe schilderte und die Anwesenden zu reger Agitation aufforderte. Nachdem noch verschiedene interne Angelegenheiten erledigt waren, erfolgte Schluß der mäßig besuchten Versammlung.

Gotha. Am 1. Dezember fand im Gewerkschaftshaus unsere Generalversammlung statt, die ziemlich gut besucht war. Sie hatte zunächst verschiedene Wahlen zu erledigen, so die einer Delegation zur Konferenz in Erfurt, eines Kandidaten zur 18. Generalversammlung und schließlich die Vorstandswahl. Die Erhebung eines Winterbeitrages betreffend, regte der Vorstand an, den Beitrag von 15 auf 20 % zu erhöhen, und aus diesen Mitteln den Arbeitslofen einen Zuschuß von 25 % täglich zu gewähren. Hierüber entspann sich eine lebhaft diskutierte, die mit der Annahme eines Antrages endete, wonach der wöchentliche Beitrag 20 % betragen und den Arbeitslofen wie auch den Durchreisenden ein täglicher Zuschuß von 25 % gewährt werden soll. Die ausgesteuerten reisenden Kameraden, die über Nacht am Orte bleiben, erhalten 80 % für Schlafen und Kaffee. Unter „Verschiedenes“ wurde noch an das Stifungs-

fest erinnert. Mit der Aufforderung zur rührigen Agitation schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Grimma. Am 6. Dezember tagte hier eine Mitgliederversammlung. Nach Verlesung und Genehmigung der Abrechnung wurde ein Kandidat zur Generalversammlung aufgestellt. Den Bericht von der Gaufonferenz gab Kamerad Kupfer. Da die Maurer jetzt einen höheren Lohn erhalten als die Zimmerer, beschloß die Versammlung, eine Lohnforderung an die Meister einzureichen. Eine Kommission von vier Mann wurde mit den Vorarbeiten beauftragt. Der Agitation in den nächstgelegenen Orten soll näher getreten werden.

Landesberg a. d. W. Am 13. Dezember fand unsere letzte diesjährige Mitgliederversammlung statt. Sie war nur schwach besucht. Von zirka 100 Mitgliedern waren 38 anwesend. Die Mehrzahl der Kameraden glänzte durch Abwesenheit, trotzdem im „Zimmerer“ und auch durch Handzettel bekanntgegeben war, daß wichtige Punkte auf der Tagesordnung ständen. Nachdem das Kassieren der Beiträge beendet war, wurde zur Vorstandswahl geschritten. Ihr folgte die Wahl der Revisoren, der Kartell- und Platzdelegierten. Ein Antrag, während der beitragsfreien Zeit von den in Arbeit stehenden Kameraden einen Extrabeitrag von 15 % pro Woche für Stärkung der Lokalfasse zu erheben, rief eine lebhaft Debatt hervor. Einige Kameraden waren — was nicht sehr rühmlich ist — unterschiedene Gegner jeglicher Extrabeiträge. Wegen des schwachen Besuchs der Versammlung wurde der Antrag bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Als arbeitslos hatten sich bis jetzt acht Kameraden gemeldet, außer einigen noch nicht bezugsberechtigten. Jedoch wird sich in kurzer Zeit die Zahl bedeutend vergrößern.

Magdeburg und Umgebung. Unsere außerordentliche Generalversammlung fand am 15. Dezember im „Sachsenhof“ statt. Anwesend waren 84 Mann. Ehe in die Tagesordnung eingetreten wurde, ehrte man das Andenken der verstorbenen Kameraden Hermann, Goedecke und Umbusch. Sodann wurde das Protokoll der letzten Generalversammlung vorgelesen. Im ersten Punkt der Tagesordnung wurden folgende Anträge besprochen: „Als Entschädigung für die Arbeitslofenkontrolle werden nicht mehr 25 % pro Woche, sondern 4 % pro Tag bezahlt. Jeder Arbeitslose hat sich beim Zahlstellenassistenten zu melden; er bekommt dort eine Kontrollkarte ausgestellt, womit er sich in seinem Bezirk zur Kontrolle zu melden hat. Die Auszahlung der Unterstützung erfolgt Sonnabends beim Zahlstellenassistenten.“ Nach lebhafter Debatte wurden vorstehende Anträge mit 50 gegen 19 Stimmen angenommen. Im zweiten Punkt wurden vier Delegierte zur Gaufonferenz gewählt, und hierauf fand die Wahl eines Mitgliedes zur Arbeiterchutzkommission statt. In „Verschiedenes“ wurde dem zugestimmt, daß das Verkehrslokal und die Herberge der Zahlstelle sich von jetzt ab in der „Neuen Welt“, Faßlochsberg 9, befindet. Sodann wurde beschlossen, den Arbeitslofen, die mindestens 14 Tage arbeitslos sind, zu Weihnachten ein Lokalgeld von M 3 zu geben, den Zugereisten ein solches von M 1,50. Die Auszahlung erfolgt am 24. Dezember. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

München. Am 8. Dezember fand in der „Goldenen Rose“ unsere regelmäßige Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Die Aufgaben der 18. Generalversammlung. 2. Wahl von Delegierten zur Generalversammlung. 3. Welche Unterstützungsumme überweisen wir den Opfern der Marghütte. 4. Bericht der Delegierten von der letzten Sitzung des Gewerkschaftskartells. Der Vorsitzende gab eingangs bekannt, daß wieder ein treuer Kamerad gestorben sei. Dessen Andenken wurde in üblicher Weise gelehrt. Ferner verlas der Vorsitzende ein Schreiben, worin die Gewerkschaften ersucht werden, dem Volkshausverein einen kleinen Beitrag zu überweisen zur Unterstützung der alljährlich zu Weihnachten zureisenden Kameraden. Es wurden M 20 aus der Lokalfasse bewilligt. Ueber den ersten Punkt der Tagesordnung referierte der Verbandsvorsitzende Schrader-Samburg. In seinen vortrefflichen Ausführungen bezeichnete er als den wichtigsten Punkt der Generalversammlung die zukünftige Lohn- und Tarifbewegung. Er behandelte diesen Punkt sehr eingehend. Ueber 300 Verträge laufen im Jahre 1910 ab, und alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Unternehmer alle Hebel in Bewegung setzen werden, uns an der Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lage zu hindern. Redner kam ferner auf die Arbeitslofenunterstützung zu sprechen, deren Verbesserung bei einer Beitragserhöhung möglich sei. Auch eine Krankenunterstützung ließe sich bei einem wöchentlichen Beitrag von 5 % einführen. Er erntete für seinen Vortrag reichen Beifall. Im zweiten Punkt wurde die Wahl der Delegierten zur Generalversammlung vorgenommen. Im dritten Punkt schilderte der Vorsitzende die Ursachen und den Verlauf des Streiks der Metallarbeiter in der Marghütte und wurde denselben M 100 aus der Lokalfasse bewilligt. Ferner werden auch noch Sammellisten durch die Einkassierer zirkulieren. Der Lokalbeamte teilte hierauf noch mit, daß dem Kameraden Graf von dem Bauhilfsarbeiter Dürnberger in öffentlicher Wirtschaft der Vorwurf gemacht wurde, er und noch mehrere Zimmerer hätten bei dem letzten Bauhandwerkerstreik bei Weber und Körner Streikbrecherarbeit verrichtet. Diese Angelegenheit sollte in einer Verwaltungssitzung behandelt werden, wozu der Bauhilfsarbeiter Dürnberger schriftlich eingeladen, aber nicht erschienen war. Von mehreren Zeugen wurde festgestellt, daß Dürnbergers Behauptung durchaus unbegründet sei und daß er in verleumdender Absicht gehandelt habe. Die Versammlung hat beschlossen, dieses im „Zimmerer“ zu veröffentlichen. Der vierte Punkt mußte wegen der vorgeschrittenen Zeit zurückgelassen werden.

Offenburg und Umgebung. Am 29. November tagte im Verbandslokal „Zum Anker“ eine gut besuchte Zimmererverversammlung. Kamerad Rüdemaier aus Mannheim sprach in kurzen, markigen Worten über die Tarifbewegung und die Aufgaben des Verbandes. Redner rügte scharf die Interesslosigkeit der Zimmerer Offenburgs und Umgebung. Obwohl die hiesigen Kameraden dem Unternehmertum völlig preisgegeben seien, lebten sie dennoch stumpfsinnig dahin. Wobin solle das führen? Sie möchten doch endlich erkennen, daß sie freie Männer seien,

müßten sich frei machen von dem Joch, das auf ihnen lastet, und in die Organisation eintreten, die allein es sei, die für sie eintrete. Ein drastisches Beispiel geben uns unsere Unternehmer, die sich täglich immer enger zusammenschließen zu unserer Knebelung und Ausbeutung; die die ohnehin schon karglichen Löhne noch mehr herabzusetzen versuchen und unsere Lebenshaltung noch tiefer herabdrücken. Die Kameraden selbst trügen dafür die moralische Verantwortung, indem sie die Hilfe der Organisation verschmähen. Es sei hohe Zeit, daß die Offenburgs Zimmerer endlich zur Einsicht kämen und dem Verbandsverbande sich anschließen.

Oslau. Am 6. Dezember fand unsere Mitgliederversammlung im Arbeiterkassino statt. Nachdem der Vorsitzende die Tagesordnung bekannt gegeben hatte, wurde der verstorbenen Kameraden G. Plattner und G. Sambale durch Erheben von den Plätzen gedacht. Hierauf wurde gewählt ein Kandidat für die Delegiertenwahl zur Generalversammlung, ein Kamerad als Beobachter und ein Kamerad als Kartelldelegierter. Die Arbeitslofenunterstützung zahlte der Kassierer zwischen 10 und 11 Uhr vormittags aus. Der Antrag, den Kameraden B. mit M 2 zu bestrafen, weil er bei einer Verdrigung als Träger nicht zurechnungsfähig erschienen ist, wurde von der Versammlung angenommen. Dann beschwerte sich noch Kamerad Schimmel über den Agitationsbericht des Kameraden Kiesel im „Zimmerer“.

Schweidnitz. Am 15. Dezember tagte im Lokale von Mloked unsere Mitgliederversammlung. Sie hatte zunächst die Wahl eines Kassierers vorzunehmen, ferner eines Delegierten zur Gaufonferenz und eines Kandidaten zur Generalversammlung. Im Punkt „Verbandsangelegenheiten“ behandelte Kamerad Schmidt-Breslau die gegenwärtige Arbeitslosigkeit und ihre Ursachen. Er erwähnte die Kameraden, treu zur Organisation zu stehen, damit diese geschlossen durch die Krise hindurchgeführt werde. Die Kameraden versprochen, in diesem Sinne zu wirken.

Stollberg. Am 22. November fand im „Schützenhause“ eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung statt, die von Zimmerleuten gut besucht war, indes von den Maurern niemand es für nötig befunden hatte, zu erscheinen. Kamerad Lauc-Leipzig referierte über „Arbeitervertreterwahlen“. Sein Vortrag wurde von den Anwesenden mit Beifall aufgenommen. Dann erstattete der Delegierte Bericht von der Gaufonferenz in Leipzig.

Im „Burgkeller“ tagte am 13. Dezember unsere Mitgliederversammlung, die besser hätte besucht sein können, schon der wichtigen Tagesordnung halber. Im ersten Punkt wurde die Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung vorgenommen. Da nach den Beschlüssen der Konferenz in Leipzig unsere Mitgliedschaft sich nun in eine selbständige Zahlstelle umwandelt, wurde der zur Leitung der Geschäfte notwendige Vorstand gewählt. Ein Antrag, zwei Kolporteurs zu wählen und diesen eine Entschädigung von 10 % pro Mitglied und Monat zu gewähren, sowie dem Kassierer 3 % pSt. von der Gesamteinnahme, wurde gegen zwei Stimmen angenommen. Die Delegierten sollen ihre Entschädigung nur dann erhalten, wenn sie ihren Posten richtig ausfüllen. Wer ohne Entschädigung nicht kommt, muß auf Entschädigung verzichten. Der dritte Punkt, Erhebung eines Winterbeitrages von 50 % pro Woche, wurde der vorgeschrittenen Zeit halber auf die nächste Versammlung verschoben.

Thorn. Eine ziemlich gut besuchte Mitgliederversammlung fand am 11. Dezember in der Schillerstraße statt. Von dem Vorsitzenden wurde in längeren Ausführungen auf die Notwendigkeit der Beteiligung an der Wahl der Vertreter zur Ortskrankenkasse hingewiesen. Sodann erstatteten die Delegierten Bericht von der Konferenz in Danzig. Anschließend hieran wurde ein Kandidat für die Delegiertenwahl zur Generalversammlung aufgestellt. Unter „Verschiedenes“ teilte der Vorsitzende noch mit, daß die Auszahlung der Arbeitslofenunterstützung jeden Sonnabend, vormittags von 10 bis 11 Uhr, in der Schillerstr. 17 erfolgt. Von einem Kameraden wurde zur Sprache gebracht, daß auf verschiedenen Plätzen die Frühstück- und Mittagspause verkürzt worden sei; darin läge ein Verstoß gegen den Tarif. Ferner wurde erwähnt, daß bei der Firma Gautermanns & Walter bereits fünf Wochen hindurch elf Stunden täglich gearbeitet werde. Der Vorstand wurde beauftragt, einzugreifen. Nachdem noch über einige weitere Mißstände berichtet war, erfolgte Schluß der Versammlung.

Weißenfels. Eine Versammlung am 12. Dezember nahm den Bericht von der Gaufonferenz entgegen, um hierauf einen Kandidaten zur Generalversammlung aufzustellen. Daran schloß sich die Wahl eines Kartelldelegierten. Unter „Verschiedenes“ gab der Schriftführer einen kurzen Bericht über den Besuch der Versammlungen. Zwei Mitglieder sind wegen Beitragsrückstände gestrichen worden. Am Schluß meldeten sich noch etliche Kameraden zur Teilnahme an den vom Bildungsausschuß veranstalteten Vorträgen.

Wernigerode. Unsere Mitgliederversammlung am 29. November nahm Stellung zur Konferenz in Magdeburg und wählte zwei Delegierte dorthin. Weiter vollzog sie die Neuwahl des Vorstandes, die allerdings einige Schwierigkeiten verursachte. Der dritte Punkt der Tagesordnung: Lohnstarif, wurde zur nächsten Versammlung vertagt. In „Verschiedenes“ wurden noch einige Interna besprochen. Außerdem wurde noch beschlossen, M 100 zur Vergrößerung des Parteilokals zur Verfügung zu stellen.

Wittenberg. Am 6. Dezember tagte unsere Mitgliederversammlung, die leider schwach besucht war. Nachdem die Tagesordnung bekannt gegeben und das Protokoll der letzten Versammlung genehmigt war, erstattete Kamerad Berger Bericht von der Gaufonferenz in Leipzig. Er machte noch darauf aufmerksam, daß Anträge zur nächsten Generalversammlung schon jetzt gestellt werden könnten. Hieran schloß sich die Aufstellung eines Kandidaten zur Generalversammlung. Auf Anregung des Vorstandes wurde beschlossen, daß im Jahre 1909 die Versammlungen wie bisher stattfinden sollen. Mehrere Kameraden regten an, es möchte zur nächsten Versammlung jeder Kamerad mündlich oder schriftlich eingeladen werden. Dann wurde noch für die zureisenden Kameraden ein Weihnachtsgeld von M 1,50 bewilligt. Zum Schluß wurde noch über den Agitationsbericht des Kameraden Kemmer-München, soweit er sich auf unsere Zahlstelle bezieht, diskutiert.

Sterbefasel.

Stettin. Am 14. Dezember starb infolge Unglücksfalles das Mitglied Erich Iwe.



Aus den Unternehmerorganisationen.

Einer politischen Interessenvertretung der deutschen Arbeitgeber wird seit einiger Zeit in Scharfmacherkreisen sehr warm das Wort geredet. Etwa nach dem Muster des Bundes der Landwirte sollen auch die Arbeitgeber aller Branchen, einschließlich der Industrie, sich zu einer mächtvollen Organisation zusammenschließen...

- 1. Schutzverband der bergischen baugewerblichen Betriebe für die Städte Wachen, Elberfeld, Bohnwinkel, Langerfeld, Solingen, Wald, Ohligs, Remscheid, Lennep, Roisdorf, Lütringhausen, Nadebornwald, Südeswagen (Wachen).
2. Landesverband der Bauarbeitgeberverbände im Herzogtum Braunschweig (Braunschweig) mit 8 Ortsverbänden.
3. Arbeitgeberbezirksverband für das untere Weser- und Emsgebiet (Bremen) mit 30 Ortsverbänden.
4. Schlesischer Provinzialarbeitgeberverband für das Baugewerbe mit dem Sitze in Breslau mit 23 Ortsverbänden.
5. Bezirksarbeitgeberverband für das Baugewerbe der Niederlausitz und angrenzende Landesteile (Kottbus) mit 7 Ortsverbänden.
6. Westpreussischer Landesverband der Arbeitgeber im Baugewerbe (Danzig) mit 11 Ortsverbänden.
7. Bezirksarbeitgeberverband für das Baugewerbe im Königreich Sachsen (Dresden) mit 24 Ortsverbänden.
8. Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in der Rheinprovinz (Düsseldorf) mit 13 Ortsverbänden.
9. Bezirksarbeitgeberverband für das Baugewerbe und verwandte Berufe für die thüringischen Städte (Eisenach) mit 22 Ortsverbänden.
10. Arbeitgeberbund für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten (Essen) mit 82 Ortsverbänden.
11. Mitteldeutscher Arbeitgeberverband für das Baugewerbe (Frankfurt a. M.) mit 30 Ortsverbänden.
12. Deutscher Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, Landesverband Baden (Freiburg) mit 11 Ortsverbänden.
13. Bezirksarbeitgeberverband für das Baugewerbe für Neuvorpommern und Rügen mit Einschluß der Kreise Anklam und Demmin (Greifswald) mit fünf Ortsverbänden.
14. Bezirksarbeitgeberverband für das Baugewerbe und verwandte Berufe für die Provinzen Sachsen, Anhalt und Thüringische Staaten (Halle a. d. S.) mit 25 Ortsverbänden.
15. Vierstädtebund Hamburg-Altona-Wandsbek-Harburg a. d. E. (Hamburg) mit 4 Ortsverbänden.
16. Vereinigung Gruppe Baugewerbe des Arbeitgeberverbandes Unterelbe (Hamburg) mit 16 Ortsverbänden.
17. Nordwestdeutscher Arbeitgeberverband für das Baugewerbe (Hannover) mit 32 Ortsverbänden.
18. Kreisverband Pfälzischer Baugewerke (Kaiserslautern).
19. Südbayerischer Bezirksverband der Arbeitgeber für das Baugewerbe (München) mit 16 Ortsverbänden.
20. Nordbayerischer Bezirksverband der Arbeitgeber für das Baugewerbe (Nürnberg) mit 15 Ortsverbänden.
21. Arbeitgeberbund für das Baugewerbe der Provinz Posen (Posen) mit 9 Ortsverbänden.
22. Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in den beiden Großherzogtümern Mecklenburg (Rostock).
23. Deutscher Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, Landesverband Elsaß-Lothringen (Straßburg i. E.).
24. Deutscher Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, Landesverband Württemberg (Stuttgart).

„Es bestehen demnach — so heißt es weiter — im Deutschen Reiche örtliche Organisationen des Baugewerbes in 482 Städten, und von ihnen gehören 447 bereits dem deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe an. Nimmt man dazu die Ortsverbände der übrigen gewerblichen Oberorganisationen, so ergeben sich gegen 2500 Arbeitgeberverbände örtlicher Art im Deutschen Reiche in etwa 800 Orten. Sobald dieselben in einer politischen Organisation des deutschen Arbeitgebertums dieselbe Rolle spielen wollen wie die freien Gewerkschaften in der politischen Organisation der Lohnarbeiter, sobald können sie es auch, und bei dem Vorhandensein von viertehalb Millionen gewerblicher Betriebe im Deutschen Reiche ist es ein Unfug, zu behaupten, daß das deutsche Arbeitgebertum stets zur politischen Ohnmacht verdammt sein müsse.“

Wir meinen, es ist schon ein Unfug, zu behaupten, daß das deutsche Arbeitgebertum zur politischen Ohnmacht verdammt sei. Seine politischen Interessen sind bisher mehr als reichlich von den bürgerlichen Parteien vertreten worden. Allerdings, wir können verstehen, weshalb man eine solche Organisation zu schaffen beabsichtigt. Unter Hintansetzung aller wirtschaftlichen Gegensätze soll diese Organisation ihre ganze Wucht nicht nur gegen die Arbeiter, sondern gegen jede Sozialpolitik richten. Vor ihrer Macht soll die Regierung zurückweichen, das ist der Herzenswunsch der Scharfmacher. Indes sind die wirtschaftlichen Gegensätze der verschiedenen Unternehmergruppen immerhin recht beträchtlich, so daß die Verwirklichung dieses Planes wohl noch geraume Weile auf sich warten lassen dürfte. Die Arbeitgeber und die Kleinindustrie werden aber auch wenig Lust verspüren, sich unter die Vormherrschaft der Schwerindustrie zu begeben, denn etwas anderes würde dabei für sie schwerlich herauskommen.

Arbeiterversicherung und Gesundheitspflege.

G. Der Eintritt eines „neuen Unterstüßungsfall“ bei der Krankenversicherung. Der § 26a Ziffer 3 des Krankenversicherungsgesetzes gestattet den einzelnen Klassen, folgende Bestimmungen in ihr Kassenstatut aufzunehmen: „Mitglieder, welche von der in Betracht kommenden Krankenkasse eine Krankenunterstützung ununterbrochen oder im Laufe eines Zeitraumes von zwölf Monaten für 26 Wochen bezogen haben, ist bei Eintritt eines neuen Unterstüßungsfall, sofern dieser durch die gleiche nicht gehobene Krankheitsursache veranlaßt worden ist, im Laufe der nächsten zwölf Monate Krankenunterstützung nur im gesetzlichen Mindestbetrage und nur für die Gesamtdauer von 13 Wochen zu gewähren.“

Die erwähnte Bestimmung, die nach § 6a des Krankenversicherungsgesetzes auch für die Gemeindefrankenkassen eingeführt werden kann, und nicht allein bei dieser, sondern auch bei fast allen Orts-, Betriebskassen usw. statutarisch festgesetzt ist, soll nun die rückfälligen Kranken treffen. Durch die Novelle von 1903 ist die Unterstüßungs-dauer bekanntlich von 13 auf 26 Wochen erweitert worden. Somit darf die Beschränkung des Anspruchs bei rückfälligen Erkrankungen nur eintreten, wenn die Unterstüßung schon im früheren Falle für 26 Wochen gewährt wurde. In welcher Weise sollen nun die gesetzlichen Bestimmungen bei den rückfälligen Erkrankungen gehandhabt werden?

Darüber schreibt Amtsgerichtsrat Gahn in seinem Kommentar zum Krankenversicherungsgesetz u. a. folgendes: „Grundsätzlich bildet jede neue Erkrankung einen neuen Unterstüßungsfall“, d. h. sie begründet den Unterstüßungsanspruch für die volle gesetzlich festgesetzte Dauer ohne Anrechnung der Zeit, für welche in einem früheren Falle Unterstüßung bereits gewährt worden ist; dabei ist es unerheblich, ob die beiden oder mehrere Fälle auf eine und dieselbe Krankheitsursache (Krankheit im medizinischen Sinne) zurückzuführen sind; es genügt, daß die Fälle sich als mehrere Krankheiten im Rechtssinne darstellen, d. h. daß zwischen ihnen eine Zeit liegt, in der bei vernünftiger Lebensweise nach sachverständigem Befinden weder ärztliche Behandlung oder die Anwendung von Heilmitteln erforderlich, noch Erwerbsunfähigkeit gegeben war.“

1. Entscheidung des Magistrats zu Halle a. d. S. am 27. Februar 1902. Sachverhalt: Der Eheherr der Klägerin war Zwangsmitglied der Giebichensteiner Ortskrankenkasse. Er erkrankte am 19. September 1901, wurde vom selbigen Tage ab von dem ihn behandelnden Kassenarzt erwerbsunfähig geschrieben und erhielt von der Beklagten auch Krankengeld bis einschließlich 28. September 1901. Die Klägerin beantragte nun, die Beklagte zu verurteilen, an sie als rechtmäßige Erbin ihres inzwischen verstorbenen Mannes auch für die Zeit vom 30. September bis 19. Dezember 1901 an Krankengeld pro Tag M. 1,75, insgesamt M. 122,50 zu zahlen. Die Beklagte beantragte Abweisung der Klage, indem sie auf die Bestimmung des § 15 ihres Statuts hinweist, wonach sie innerhalb zwölf Monate nur für 13 Wochen (seit 1903 ist diese Unterstüßungsdauer, wie schon bemerkt, auf 26 Wochen erweitert worden) die Fürsorge zu übernehmen habe. Dem Verstorbenen seien aber bereits innerhalb der letzten acht Monate für elf Wochen und einen Tag Krankengeld gezahlt worden; der Klägerin stehe daher nur noch ein Anspruch auf elf Tage à M. 1,75 zu. Entscheidungsgründe: Das Krankenversicherungsgesetz bestimmt, daß den Versicherten die Krankenunterstützung im gesetzlichen Mindestbetrage, wenn erforderlich, bis zum Ablauf der 13. Woche (jetzt 26. Woche) so oft zu gewähren ist, als sie während ihrer Mitgliedschaft bei der Gemeindefrankenkasse oder Ortskrankenkasse erkrankt. (§§ 6, 20 Krankenversicherungsgesetzes.) Das Gesetz aber ermächtigt die Krankenkassen, um einer mißbräuchlichen Inanspruchnahme der Krankenversicherung durch invalide oder von einer Krankheit nicht völlig geheilte Personen begegnen zu können, statutarisch zu bestimmen, daß denjenigen, welche von ihnen bereits die Krankenunterstützung ununterbrochen oder im Laufe eines Zeitraumes von zwölf Monaten für 13 (jetzt 26) Wochen bezogen haben, bei Eintritt eines neuen, durch die gleiche nicht gehobene Krankheitsursache veranlaßten Unterstüßungsfall im Laufe der nächsten zwölf Monate Krankenunterstützung nur für die Gesamtdauer von 13 Wochen, bei Ortskrankenkassen auch nur im gesetzlichen Mindestbetrage zu gewähren ist. (Siehe § 3 Abs. 1 Ziffer 3, § 26a Abs. 2 Ziffer 8 des Krankenversicherungsgesetzes.) Hierüber hinaus sind die Gemeinden und Krankenkassen zu einer Einschränkung der Krankenunterstützung bloß um deswillen, weil sie schon vorher geleistet worden war, nicht ermächtigt. Die Krankenunterstützung ist also nach wie vor voll zu gewähren, wenn dem neuen Unterstüßungsfall die Gewährung einer Krankenunterstützung bis zum Ablauf der 13. (jetzt 26.) Woche in den letzten zwölf Monaten rückwärts nicht vorausgegangen ist, oder wenn dies zutrifft,

der neue Unterstüßungsfall aber durch eine andere oder zwar durch die gleiche, vorher indes völlig gehobene, oder endlich durch die gleiche nicht gehobene Krankheitsursache während der Mitgliedschaft bei einer Gemeinde-Krankenversicherung oder einer anderen Krankenkasse veranlaßt worden ist. (Entscheidung des preussischen Ober-Verwaltungsgerichts vom 26. März 1896.) Die Beklagte hat nun von dem ihr zustehenden Rechte Gebrauch gemacht, indem sie die Bestimmung des § 26a Abs. 2 Ziffer 8 des Krankenversicherungsgesetzes in ihr Statut (§ 15) aufgenommen hat. Sie übersieht aber bei der Durchführung dieser Vorschrift, daß die zwölf Monate, innerhalb welcher 13 (jetzt 26) Wochen Krankenunterstützung gewährt sein müssen, um zu erzielen, daß für die nächsten zwölf Monate — also vom Tage der neuen Erkrankung, 20. September 1901, ab — ebenfalls nur 13 Wochen insgesamt Krankenunterstützung gewährt zu werden braucht, vom Tage der neuen Erkrankung — 20. September 1901 — ab, zurück zu rechnen sind. Der Verstorbenen hat infolge eines tuberkulösen Rückenleidens vom 12. Februar 1901 bis 20. April 1901 = 59 Werktagen = neun Wochen fünf Tage Krankenunterstützung bezogen, dann geheilt die Arbeit wieder aufgenommen und dieselbe bis zu seiner Wiedererkrankung, am 19. September 1901, fortgesetzt. Von diesem Tage ab hat er also, zurückgerechnet innerhalb zwölf Monate, nur für die Dauer von 59 Werktagen = neun Wochen fünf Tagen Krankenunterstützung bezogen. Es stand ihm mithin das Recht zu, vom Tage seiner neuen Erkrankung — 19. September 1901 — ab einen weiteren Anspruch, und zwar für die Dauer von 13 (jetzt 26) Wochen zu erheben.

2. Entscheidung des Magistrats in Frankfurt a. Main (Reformblatt 1906, S. 426): „Neue Ansprüche an die Kasse können nur dann erhoben werden, wenn die Krankheit im Rechtssinne einmal beendet war und dann eine Erkrankung aufs neue eintritt, sei es als Folge derselben oder einer anderen Krankheitserscheinung. Die im Jahre 1905 eingetretene Erkrankung des St. schloß am 3. Februar 1906 deshalb nicht ab, weil derselbe der Heilbehandlung weiter bedurfte. Ein „neuer Unterstüßungsfall“ war somit nicht gegeben.“

3. Entscheidung des badischen Verwaltungsgerichtshofes vom 20. Juni 1905: Das Einzutreten einer neuen Krankheit (Lungenleiden zu einer früheren noch bestehenden Erkrankung, Magenkatarrh) begründet noch keinen neuen Unterstüßungsfall, wenn das Befinden des Kranken in der Zwischenzeit unausgesetzt ärztliche Behandlung erforderte oder ihn erwerbsunfähig machte.

Nach diesen Entscheidungen ist für den Begriff „neuer Unterstüßungsfall“ der Grundlag maßgebend, daß unter Krankheit ein in die äußere Erscheinung tretender Zustand zu verstehen ist, welcher entweder eine Hilfeleistung, sei es des Arztes oder durch besondere Pflege, bedingt, oder mindestens die Arbeitsfähigkeit ausschließt. Wenn keine dieser Voraussetzungen gegeben ist, so liegt eine Krankheit nicht vor. Hieraus ergibt sich, daß, wenn im Falle wiederholter Erkrankung eines Versicherten zwischen der letzten und der neuerlichen Erkrankung ein, wenn auch kurzer, Zeitraum liegt, in dem die Notwendigkeit der Unterstüßungsgewährung an den Versicherten wegfällt, die Verpflichtung der Krankenversicherung zur Krankenunterstützung neuerdings in ihrem vollen Umfange eintritt. Ob nun die in der Mitte liegende Arbeitsperiode von solcher Beschaffenheit war, daß der Versicherte weder ärztliche Behandlung notwendig hatte, noch in seiner Erwerbsfähigkeit behindert war, ist an der Hand der ärztlichen Gutachten zu prüfen. Eine neue Krankheitsursache ist hierbei nach einer Entscheidung der Regierung zu Speyer nicht erforderlich; eine neue Erkrankung kann vielmehr auch dann gegeben sein, wenn dieselbe auf die bereits früher zu Tage getretene Krankheitsanlage zurückzuführen ist und sich als Wiederausbruch eines älteren Leidens charakterisiert.

Mögen nun die vorstehenden Darlegungen nebst angeführten Entscheidungen dazu beitragen, daß die erwähnten Bestimmungen in den §§ 6a und 26a des Krankenversicherungsgesetzes stets die richtige Auslegung finden werden.

Literarisches.

Die Weihnachtsnummer des „Wahren Jacob“ ist zur Ausgabe gelangt. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 S.

Briefkasten der Redaktion.

* Dieser Nummer liegt das „Correspondenzblatt der General-Kommission“ für die Lokalvorstände resp. Vertrauensmänner bei.

Versammlungsanzeigen.

(Unter dieser Rubrik werden so kurz wie möglich gefasste Versammlungsanzeigen unentgeltlich aufgenommen.)

Montag, den 28. Dezember:

Anklam: Abends 8 Uhr. — Cottbus: Bei Thork, Berlinerplatz 8.

Dienstag, den 29. Dezember:

Bernau: Abends 8 Uhr bei Mai, Kaiserstr. 45/46. — Cöln: Abends 9 Uhr im Volkshaus, Severinstr. 197/99. — Halberstadt: Abends 8 1/2 Uhr bei Postmann, Wakenstr. 63. — Stolp: Abends 7 Uhr bei Selke, Poststr. 1.

Mittwoch, den 30. Dezember:

Annaberg. — Verne: Im Gasthof „Zur Brje“. — Diebrich: „Zum Kaiser Adolf“. — Cöln, Bezirk Kalk: Abends 8 1/2 Uhr bei Rief, Viktoriastr. 70. — Elbing: Abends 5 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Freiberg: Zahlabend im Restaurant „Union“. — Leer i. Ostf.: Nach Arbeitschluss bei Schödel, Osterstr. 64. — Tübingen: In Carlens Gesellschaftshaus.

Donnerstag, den 31. Dezember:

Gräfe: Abends 8 Uhr beim Gastwirt Müller. — Schneidemühl: Nachm. 4 Uhr bei Bloch, Breitestr. 41.

Freitag, den 1. Januar:

Coburg: Im Gasthof „Goldener Hirsch“, Judenaffe. — Sulz: In der Herberge, Eiberstr. 64. — Lübbchen: In der „Reichshalle“, Salzstraße. — Nordenham, Bez. Blegau: Abends 8 Uhr bei Dittmann.

Sonntag, den 2. Januar:

Arneburg: Abends 7 Uhr beim Gastwirt Vorkiel. — Bamberg: — Bayreuth: Abends 6 Uhr in der „Zentralhalle“. — Bentzen: Zahlabend im „Hamburger Hof“. — Briesa: Bei Klönz, Gartenstraße. — Bullenhäuser. — Bunzlau: Bei Günzrich, Schlossstr. 10. — Caltrop: Bei Auweiler, Krügerdenkmalstraße. — Colmar i. G.: Abends 8 Uhr „Zum Waiden Hof“. — Dessau: Abends 7 Uhr bei Etelzer. — Eumendingen: Abends 8½ Uhr in der „Sinnerhalle“. — Goctar: Abends 8 Uhr im „Tivoli“. — Grimmen: Abends 8 Uhr bei Helm, Nordbühnenstraße. — Halle: Bei Streicher, Kleine Klausstr. 7. — Ham. Münden: Im „Vertimer Hof“. — Herford: Abends 7 Uhr „Zur Traube“, Neuer Markt. — Hötensleben: Abends 8 Uhr im Gasthof „Zum schwarzen Adler“. — Kahla: Abends 7 Uhr in der „Herberge zur Heimat“. — Kattowitz: Zahlabend im Gewerkschaftshaus, Rathhausstr. 6. — Laage: Abends 8 Uhr. — Langendiebach: Bei Göbel. — Lüdenschied: In der „Zentralhalle“, Grabenstraße. — Minden: In der „Zentralhalle“. — Mülin: Abends 8 Uhr im „Lübder Hof“. — Mühlhausen i. G.: Abends 8 Uhr bei Weizorn, Dornackerstraße 6. — Wundekheim: Abends 8½ Uhr „Zur Fortuna“, Fürstenstr. 1. — Wylau: Im Gasthaus „Zur Germania“. — Northelm: Nach Feierabend bei Witwe Heibelmann. — Orb: Abends 9½ Uhr bei Witwe Müller, Hauptstraße. — Peine: Abends 7 Uhr im „Neuen Saalbau“. — Radolfzell: Im Gasthaus „Zum Krotobil“. — Rastatt: Nach Arbeitschluss im Gasthaus „Zum Nappen“. — Reutlingen: Abends 7 Uhr im „Neuen Bierhaus“ bei Brodbeck. — Roth b. Nürnberg: Bei Weinwald, Hippelsteinerstraße. — Städte: Abends 8 Uhr im Lokal „Bellevue“. — Waren: Abends 8 Uhr in der Herberge, Langestraße. — Weimar: Im Volkshaus. — Wilster: Abends 8 Uhr in der Herberge. — Wittenberge: Bei Herrn. Zahn, Steinstr. 8. — Wolgast: Bei Schulz, Schloßplatz. — Wurzen: Zusammenkunft im „Schützenhaus“. — Zeitz: Zahlabend.

Sonntag, den 3. Januar:

Aachen: Vorm. 11 Uhr bei Anton Schmitz, Promenadenstr. 20. — Arzberg: Nachm. 2 Uhr im Lokal der Witwe Holtrung. — Baden-Baden: — Ballenstedt: Nachm. 4 Uhr in der „Meinstrone“. — Bergen bei Celle. — Bernburg: Nachm. 3 Uhr im „Deutschen Haus“. — Bevensen: Nachm. 8 Uhr im Meiers Hotel. — Blankenburg. — Bonn: Vorm. 11 Uhr im Volkshaus, Sandstraße 13. — Bretten: Im Gasthaus „Zum Engel“. — Brinkum: Nachm. 5 Uhr bei Geffen. — Brunsbüttel: Nachm. 2 Uhr bei Fritz Christoph. — Burgdorf: Im „Schützenhaus“, Marktstr. 26. — Cöln-Ehrenfeld: Vorm. 11 Uhr bei Gassen, Ede Philipp- und Stammstraße. — Cöslin: Nachm. 3 Uhr im „Kaufergarten“, Razzower Allee. — Crefeld: Bei Neuen, Ede Siephans- und Peterstraße. — Dietrichheim: Nachm. 2 Uhr. — Duisburg: Vorm. 11 Uhr bei H. Marks, Feidstr. 9. — Durlach: Im Gasthaus „Zum Schwan“. — Eifelhof: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Egestorf: Nachm. 8½ Uhr. — Einbeck-Wieshausen. — Effen: Vorm. 11 Uhr bei van de Loo, Schützenbahn. — Franckenberg. — Freiburg i. B.: Vorm. 10 Uhr „Zur Stadt Belfort“. — Gnoien: Beim Gastwirt Schwarz, Homburgstraße. — Grajew: Nachm. 4 Uhr im Mezentzischen Lokal. — Greifenberg. — Greifenhagen. — Hameln. — Haspe: Vorm. 10 Uhr bei Gierleben, Bdrderstraße. — Hermsdorf i. S.-M. — Kaufbeuren: Nachm. 2½ Uhr im Lokal „Velfort“. — Kempen: Vorm. 10 Uhr im Gasthaus „Zu den sieben Häusern“, Mühlstr. — Königsmusterhausen: Nachm. 4 Uhr in Hankels Ablage bei Heinrich. — Kulmbach: Nachm. 2 Uhr bei Hans Napp in Niederdorf. — Laub i. B.: Nachm. 3 Uhr in der Wirtschaft „Zur Kanone“. — Lauf i. Bay.: Nachm. 3 Uhr bei Heindl. — Luckenwalde: Nachm. 8½ Uhr. — Meß: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Karlsruh. 4. — Neuenhagen: Nachm. 4 Uhr bei Aug. Wünsche. — Oebisfelde: Nachm. 4 Uhr bei Curt Müller. — Ogersheim: Vorm. 10 Uhr im „Grünen Baum“. — Oranienburg: Nachm. 4 Uhr bei Seider, Mühlenstraße. — Osnaabrück: Vorm. 11 Uhr im „Hollsteinischen Hof“, Wilschstr. 14/15. — Otterleben: Nachm. 3 Uhr im „Goldenen Stern“. — Parchim. — Pöschwitz: Nachm. 2 Uhr bei Wolf, Am Markt. — Preetz: Abends 7 Uhr. — Ruhrtort: Nachm. 3 Uhr bei Adolf Hoch, Neumarkt 19. — Saarbrücken: Vorm. 10 Uhr im „Tivoli“ in St. Johann, Gerberstraße. — Segeberg: Nachm. 4 Uhr im „Hotel International“. — Solingen: Vorm. 10 Uhr bei Kirchner, Hochstr. 27. — Sonderburg: Nachm. 4 Uhr in der Zentralherberge, Bergstr. 7. — Sülze: Abends 8 Uhr in „Stadt Mottsch“. — Schwarzenau: Nachm. 4 Uhr bei Sternberg in Neusefeld. — Schwarzenbach a. d. E.: Nachm. 3 Uhr bei Köppl, Söferstraße. — Stargard i. Pomn.: Bei W. Günther, Gerichtsplatz 2. — Stendal: Im „Vogelgefang“. — Straßburg i. G.: Nachm. 3 Uhr „Zu den drei Blumen“, Gerbergraben. — Swinemünde: Nachm. 3 Uhr im „Hohenzollernhof“. — Triefel und Umg.: Nachm. 8½ Uhr bei Pöblow in Helmsdorf. — Uelzen: Nachm. 8½ Uhr im Gewerkschaftshaus. — Verden: Nachm. 5 Uhr bei D. Albers, Andreasstr. 9. — Villingen: Vorm. 10 Uhr. — Wangenlindt. — Wegeleben: Nachm. 3 Uhr bei Ehrlich. — Weisterstadt: Nachm. 4 Uhr „Zum grünen Laub“. — Wittenberg: Im Gasthaus „Zur Einigkeit“. — Worms: Vorm. 9½ Uhr im Gewerkschaftshaus, Mainzerstraße. — Würzburg: Vorm. 10 Uhr im „Stern“.

Zahlstelle Bayreuth u. Umg. Generalversammlung

Sonntag, 10. Januar, nachm. 3 Uhr: in der „Zentralhalle“. Tagesordnung: 1. Bericht des Kassierers. 2. Neuwahl. 3. Gemüthliches Beisammensein. Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder wird ersucht. [M. 1,10] Der Vorstand.

Zahlstelle Tübingen. Achtung! Zimmerer! Achtung!

Die Reise- und Arbeitslosenunterstützung wird werts tags von 7 bis 8 Uhr abends ausbezahlt beim Kassierer Schaal, Ammerstr. 354 in Linstau. [80 &] Der Vorstand.

Inserem Kameraden Oskar Bergner aus Unterwibach zu seiner Silberhochzeit nachträglich die herzlichsten Glückwünsche! Die Kameraden der Zahlstelle Saalfeld a. d. S. [M. 1,80]

Inserem Kameraden, dem Junggefallen Wilhelm Rosebrock in Weibert, zu seinem 30. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche! Mehrere Kameraden von Essen und Hattingen.

Inserem Kameraden Lorenz Mann nebst Braut zu ihrer am 29. Dezember stattfindenden Hochzeit die besten Glückwünsche! Die Zahlstelle Bayreuth u. Umg. [M. 1,50]

Zahlstelle Herford.

Die Reiseunterstützung wird ausbezahlt an Wochentagen von 6½ bis 7½ Uhr abends, Sonntags von 12 bis 1 Uhr mittags im Verkehrlokal von August Seeger, Am neuen Markt. [80 &] Der Vorstand.

Inserem treuen Kameraden Max Wobst und seiner lieben Braut die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung! Die Zahlstelle Ober- und Niederneukirch. [M. 1,50]

Dem Kameraden Hermann Böske und seiner lieben Braut zu ihrer am zweiten Weihnachtstage stattfindenden Vermählung ein dreifach donnerndes Hoch! Die Kameraden der Zahlstelle Kolmar i. Posen.

Bauschule zu Berlin

Meanderstr. 3, vorn, 3 Treppen. Meister- und Polierkurse, Gediegenste und schnellste Ausbildung zum Meisterexamen. □ Abendkurse □ Tageskurse □

J. Blume & Co.

Gegr. 1842 Hamburg Gegr. 1842 Nur Neuer Steinweg Nr. 1 Ecke Grossneumarkt. Täglicher Versand nach dem In- und Auslande. Garantiert echt englisch-lederne und Manchester-Artikel, als: Gereifte und Sammet-Manchester-Hosen, Gereifte und Sammet-Manchester-Westen, Dunkle Englisch-Lederhosen, Gestreifte Englisch-Lederhosen, Weiße Englisch-Lederhosen. Prima Isländer Jacken raube und glatte, nur frische diesjährige Ware.

EINGETRAGENE SCHUTZ-MARKE. Muster und Preisliste gratis. Puller-Jacken, Maurer-Jacken, Hamburger Maurer-Blusen, Gestreifte und weiße Hemden, Hüte mit 13cm breitem Rand, Schmiegenstücke mit doppelter Schmiege.

Max Bernhardt und Albert Meiner aus Reinsdorf i. Sachsen, senden Eure Adresse an Kurt Schwanitz, Verdoaux-Verlaine. Restauration Rue de Carnote, Villerupt. [M. 1,20]

Sehr lehrreich für die Zimmerer.

Selbst den thätigsten Postleren zu empfehlen sind die nach eigener vielfähriger Praxis deutlich erklärten und deshalb überall sehr anerkannten Werke:

Wolfs Praktische Ausführung der Schifflung und Dachverbandhölzer mit 408 Figuren, einschließlich 12 zusammenlegbaren Dächern, sowie 10 Stanzholzmodellen und verschiedenen Modellfiguren. Großformat, geb. Preis M. 6,75.

Wolfs Dachausmittlelung und Dachkonstruktion mit 341 Figuren, einschließlich 12 zusammenlegbaren Dachmodellen. Taschenformat, geb. Preis M. 3,50. Beide Werke „Groß- und Taschenformat“ zusammen M. 9,25.

Wolfs Praktische Ausführung der Treppen mit 300 Figuren, einschließlich der aufstellbaren Wangen- u. Stanzholzmodelle einer gewundenen Treppe und einiger Wangenrostpläne, nebst verschiedenen Modellfiguren. Großformat, geb. Preis M. 6.

Wolfs Zimmererarbeitenlohn, Handbuch zur Ermittlung der Arbeitspreise mit Arbeitszeit und den Lohnsätzen von 20, 25, 30 bis 60 & pro Stunde. Taschenformat, geb. Preis M. 3. Beide Werke: „Ausführung der Treppen“ und „Zimmererarbeitenlohn“ zus. Preis M. 8.

Wolfs Gartenlauben, Verandas und Giebelverzierungen

mit 60 Garteneingängen, Einfahrten und Laubbogen nebst Säulen und Laubwänden. 55 offene und geschlossene Lauben sowie 36 Verandas, Kolonnaden und Giebelverzierungen. Außerdem verschiedene Profilierungen von Säulen, Kopfbändern, Vallen-, Mähns- und Spartenköpfen; Trauf- und Giebelbehänge. Insgesamt 262 meist große und deutliche Figuren. Großformat, geb. Preis M. 6,75.

Bestellungen nimmt Gustav Wolf, Architekt, Leipzig-Schleusig, Deferstr. 18, selbst entgegen.

Weltberühmte Isländer. Nur erprobt gute Qualitäten! Preislisten gratis! Beste und schnellste Bedienung! Stets neue Anerkennungen! M. Mosberg's Arbeitergarderoben mit der Schutzmarke sind unerreicht! Um die allein echten, weltberühmten Original-Fabrikate von M. Mosberg zu erhalten, schreibe man stets: Firma M. Mosberg, Bielefeld.

Zimmerer Deutschlands!

prima 2 R schwer, M. 6; Dresdener Zimmermannshose à Paar M. 4,50; garantiert echt schwarze Samthoie M. 10; prima Lederhose, Sorte I M. 8,50, Sorte II (2 R schwer) M. 4,50; echt braune und echt schwarze Manchester-Hosen, Sorte I M. 8, Sorte II M. 6; Jackens (eins- und zweireihig), Sorte I M. 15, Sorte II M. 12, mit gutem, warmem Futter; garantiert echt schwarze Samtweste, zweireihig (Verlunternhülle), a. Etüd M. 4,80, b. Etüd M. 9. Neu! Garantiert echt schwarze Lederhosen, Dreidrahtgewebe, mit Lederinsiden, à Paar M. 6; Jacketts mit warmem Futter M. 11; Hoie, Sorte II M. 5, Jackett M. 10; nach Maß zu gleichen Preisen verfertigt bei Bestellungen von M. 10 an überallhin portofrei. Streng reell. Nicht Gefallendes nehme retour. Verlangen Sie die Preisliste frei!

Emil Hohlfeld, Dresden-N., Ritterstr. 2-4. Versandhaus und Fabrikation für Zimmerer und Maurer.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.

Anzeigen.

Zahlstelle Bergedorf.

Die regelmäßige Mitgliederversammlung findet am 2. Januar 1909 statt. [40 &] Der Vorstand.